



11. JANUAR 2021

DER BESCHLEUNIGTE GESELLSCHAFTLICHE
STRUKTURWANDEL ALS HERAUSFORDERUNG
FÜR BILDUNG UND BIOGRAFISCHE
TRANSFORMATIONEN

(VORLESUNG 2)

Vorlesungstermin im Rahmen der Ringvorlesung „MA-P1 Transformation und Entgrenzung im Lebenslauf und Bildungssystem“ am Institut für Pädagogik der Christian-Albrechts-Universität im Wintersemester 2020/21

DR. MANUEL FRANZMANN
UNIVERSITÄT KIEL

Der beschleunigte gesellschaftliche Strukturwandel als Herausforderung für Bildung und biografische Transformationen¹

1. Einleitung

Wie ich bei dem Vorlesungstermin der letzten Woche angekündigt habe, werde ich die damals vorgestellte *krisentheoretische Perspektive* heute dazu heranziehen, das zeitgenössische Problem des beschleunigten gesellschaftlichen Strukturwandels im Hinblick auf damit verbundene Herausforderungen für Bildung und biografische Transformationen zu betrachten.²

Der gesellschaftliche Strukturwandel gehört zu den Dauerthemen der Sozialwissenschaften, inklusive der Pädagogik und Sozialen Arbeit, ebenso des allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Diskurses. Das ist kaum verwunderlich, zählt doch die „Fortschrittsorientierung“, wenn man so will, das Bestreben sich *Weiterzuentwickeln*, zu den Grundzügen und zu dem Selbstverständnis der Moderne, bei aller fortschrittskritischen Selbstreflexion seit den 1970er-Jahren. Dass das Tempo des Strukturwandels zunimmt, ist ebenfalls nicht grundsätzlich neu. Jedoch hat jede weitere *Phase* dieser Dynamisierungslogik ihre Besonderheiten und spezifische Herausforderungen. Wie sehen diese in der Gegenwart aus? Das ist eine der Fragen, mit denen ich mich hier aus soziologischer und pädagogischer Perspektive beschäftige.

Eine weitere ist vor diesem Hintergrund die des „lebenslangen Lernens“. Seit den 1970er-Jahren wird der gesellschaftliche Strukturwandel in Deutschland und Europa diskursiv von einer entsprechenden Programmatik begleitet (vgl. z. B. Kraus 2001). Dem liegt nicht zuletzt die Diagnose zugrunde, dass der sich dynamisierende Strukturwandel den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend abverlangt, auch jenseits der klassischen Schul- und Ausbildungszeit zu „lernen“, mehr oder weniger die gesamte Lebensspanne hindurch. Zwar findet man Ideen zur Sinnhaftigkeit eines lebenslangen Erfahrungs-, Bildungs- oder Lernprozesses schon früh in der Kulturgeschichte, zum Beispiel in der Philosophie der griechischen Antike. Aber zum Rang eines gesellschaftlichen Dauerdiskurses, in dem dies nicht nur als Desiderat, sondern auch als Notwendigkeit aufgefasst wird, hat es die Idee erst im Kontext der Moderne geschafft, und dort auch erst in einem vergleichsweise späten Stadium.

¹ Ich danke Margaret Griesse, Axel Jansen, Nicos Karydis und Amos Nascimento für die Lektüre einer früheren Version dieses Textes sowie für ihre anschließenden Kommentare und Hinweise.

² Bei diesem Vorlesungstermin habe ich eine vergleichsweise neue konstitutionstheoretische Perspektive der Sozialwissenschaften im Anschluss an Ulrich Oevermann aufgegriffen und dargestellt. Deren Kenntnis wird bei den folgenden Ausführungen durchgängig in Anspruch genommen. Ohne diese Kenntnis ist die Gefahr von Missverständnissen an verschiedenen Stellen groß. Der entsprechende Vorlesungstext ist über den MACAU-Publikationsserver der Christian-Albrechts-Universität zugänglich. Bibliografische Angaben dazu: Franzmann, Manuel (2021): Krisentheoretische Perspektiven auf Bildung und Transformation im Lebenslauf (Vorlesung 1). Kiel: Christian-Albrechts-Universität, 22 Seiten, URL: https://macau.uni-kiel.de/receive/macau_mods_00001034

2. Die Idee des „lebenslangen Lernens“ im Kontext der Transformation des US-amerikanischen Kapitalismus seit den 1930er-Jahren

In den USA, seit dem Übergang ins 20. Jahrhundert das führende Land der kapitalistischen Modernisierung, lassen sich entsprechende Vorstellungen mindestens bis in die 1930er-Jahre zurückverfolgen, wo sie in der Zeit der durch Massenarbeitslosigkeit geprägten „Großen Depression“ nach dem Börsenkrach von 1929 im Kontext der damals aufkommenden Debatte um *technologisch bedingte Arbeitslosigkeit* diskutiert worden sind (Bix 2000: 211f.).

Der Kapitalismus erlebte in dieser Zeit eine grundlegende Transformation. Während er im 19. Jahrhundert noch auf den *extensiven* Gebrauch von lebendiger menschlicher Arbeitskraft als dominantem Produktionsfaktor ausgerichtet war (vgl. Miegel & Wahl 2002: 62) und vor diesem Hintergrund in den USA im Jahr 1918 den historischen Höhepunkt des industriellen Beschäftigungsniveaus erreichte (Bix 2000: 119), begann die Beschäftigung danach wieder zu sinken. Damals neue Ansätze der Arbeitsorganisation wie *Taylorismus* und *Fordismus* entfalteten erhebliche Potenziale der Arbeitsrationalisierung und Freisetzung von Arbeitskräften bei gleichzeitig fortschreitendem Wirtschaftswachstum. Sie schufen zugleich Voraussetzungen für die spätere Entwicklung in Richtung Automatisierung, und dies mit wachsendem Tempo. In der Konsequenz verlor der Produktionsfaktor lebendige menschliche Arbeitskraft in *quantitativer* Hinsicht immer weiter an Gewicht zugunsten der Produktionsfaktoren Kapital und Wissen, eine Entwicklung, die sich bis in die Gegenwart weiter fortgesetzt hat.

Die amerikanische Historikerin Amy Sue Bix schreibt in ihrem einschlägigen Buch „Inventing ourselves out of Jobs?“ (Bix 2000), in dem sie die amerikanische Debatte zur technologischen Arbeitslosigkeit seit den 1930er-Jahren nachzeichnet, im Hinblick auf diese Anfangszeit der Diskussion:

„Ökonomen der sogenannten ‚Works Progress Administration‘ (WPA) untersuchten gründlich die jüngsten Produktions- und Arbeitstrends in verschiedenen Industrien, Dienstleistungsbereichen und der Landwirtschaft. Die Arbeitslosigkeit blieb hartnäckig hoch, selbst als sich die Wirtschaft von der Depression zu erholen begann, was auf die beunruhigende Möglichkeit hindeutete, dass die Mechanisierung das Grundniveau der verfügbaren Arbeit verringert hatte. WPA-Beamte begannen von ‚permanenter technologischer Arbeitslosigkeit‘ zu sprechen.“ (eigene Übersetzung von Bix 2000: 43)³

Diesbezügliche Befürchtungen erwiesen sich in den Folgejahren als übertrieben, weil die Arbeitslosigkeit während des Zweiten Weltkriegs und in dem prosperierenden Nachkriegsjahrzehnt der 1950er-Jahre wieder zurückging. Aber es drängte sich den meisten Beobachter*innen gleichwohl der Schluss auf, dass der technologische Wandel vielen Menschen, besonders den arbeitslos gewordenen, in Zukunft immer wieder

³ Englisch Original-Zitat: “Economists in the Works Progress Administration undertook intensive research into recent production and labor trends in various industries, service sectors, and agriculture. Unemployment remained stubbornly high, even as business started to recover from depression, suggesting the disturbing possibility that mechanization had cut into the base level of work available. WPA officials started speaking of ‚permanent technological unemployment.‘” (Bix 2000: 43)

erhebliche Anpassungsleistungen abverlangen würde, nicht zuletzt, um den Übergang zu neu entstandenen Arbeitstätigkeiten zu schaffen (ebenda).

Diesen Strukturzusammenhang muss man wahrscheinlich als den dominanten, wenn auch nicht einzigen Grund dafür ansehen, dass die Idee des lebenslangen Lernens in den fortgeschrittenen kapitalistischen Industrieländern fortan zum Dauerthema geworden ist und sich die Sichtweise durchsetzte, dass derart dynamisierte Gemeinwesen eine entsprechende Lebensführung ihrer Mitglieder benötigen, damit letztere nicht im Laufe ihres Erwerbslebens auf dem Arbeitsmarkt den Anschluss verlieren.

Nachdem in den USA der Wirtschaftsboom des Nachkriegsjahrzehnts vorbei war und die Arbeitslosigkeit in den 1960er-Jahren wieder zu steigen begann, kehrte die Debatte über technologisch bedingte Massenarbeitslosigkeit nicht nur zurück. Sie wurde nun auch sehr viel grundsätzlicher und breiter geführt (ebenda). Diskussionen löste insbesondere der Umstand aus, dass die technologische Entwicklung, die natürlich in erster Hinsicht einen begrüßenswerten Fortschritt darstellte und wachsenden Wohlstand ermöglichte, offenkundig für erhebliche Teile der Bevölkerung zu einer schwerwiegenden existenziellen Last wurde. Diese hatten zur Bewältigung von Arbeits- und Einkommenslosigkeit beachtliche biografische Anpassungsleistungen zu erbringen, und dies unter den ungünstigen Voraussetzungen einer existenziellen Notlage. Sie mussten nicht nur die ökonomische Lebensgrundlage übergangsweise entbehren, was die Handlungsmöglichkeiten stark beschränkte, und sich dennoch beruflich umorientieren, sondern im Zuge dessen häufig auch noch den Wohnort wechseln und damit die soziale Verwurzelung im Nahbereich aufgeben, um in florierenden Regionen neue Arbeit zu finden. Sie mussten zudem als arbeitslose Hilfsbedürftige in einer „Arbeitsgesellschaft“ die entsprechende Stigmatisierung ertragen. Insgesamt betrachtet gingen sie somit bei der Verteilung der Früchte des Fortschritts nicht nur materiell weitgehend leer aus, sondern sie hatten sogar unter dem Fortschritt unmittelbar und auf eine ihre gesamte soziale Existenz betreffende Weise zu leiden. Forderungen nach einer Beteiligung der ganzen Bevölkerung an der Dividende des technologischen Fortschritts kamen auf. Besonders weitreichend war in dieser Hinsicht die Idee eines „garantierten Grundeinkommens“ (Theobald 1966), die weltweit erstmals in einer breiteren gesellschaftlichen Debatte zum Thema wurde (vgl. Steensland 2018).

3. Die erste gesellschaftsweite Debatte zur Idee eines „garantierten Grundeinkommens“

Die Idee stieß damals Interessenlager- und Partei-übergreifend auf Resonanz. Sie wurde von den unterschiedlichsten Entscheidungsträger*innen, Fachleuten, Aktivist*innen und Intellektuellen erstaunlich unvoreingenommen und offen diskutiert, vergleicht man dies mit späteren Konjunkturen der Grundeinkommensdiskussion, bei denen sich unter dem am gesellschaftlichen Mehrheitskonsens ausgerichteten, karriereorientierten Teil des Establishments diesbezüglich bereits erhebliche *kulturelle Abwehrformationen* gebildet hatten (vgl. Franzmann 2010).

Im Vergleich dazu diskutierte man in den 1960er-Jahren in den USA in konservativen Kreisen erstaunlich unbefangen über Milton Friedmans Idee einer „negativen Einkommensteuer“ (Friedman 1962), die eine Grundeinkommensvariante darstellt. Martin Luther King Jr. forderte als Stimme der progressiven Bürgerrechtsbewegung, den wachsenden Wohlstand für ein garantiertes Grundeinkommen zu nutzen, um Armut fortan *auf direkte Weise* zu bekämpfen (King 1967). Der Intellektuelle und Ökonom Robert

Theobald versprach sich vom technologischen Fortschritt sogar die Möglichkeit der erstmaligen Abschaffung von Armut in der Geschichte der Menschheit mithilfe eines solchen Grundeinkommens. Als Sohn eines britischen Geschäftsmanns und Absolvent der Cambridge-University war ihm die *mußeorientierte* Gentleman-Kultur Großbritanniens vertraut. Er brachte diese Perspektive (vgl. diesbezüglich auch Keynes 2010; Marshall 1992; Russell 1935; Sloman 2016, 2018) in die amerikanische Diskussion ein, d. h. in ein Land, das kulturell damals sehr mittelständisch ausgerichtet und von der klassischen Arbeitsethik (vgl. Weber 1988a, 1988b; Arendt 1960: 11f.) völlig durchdrungen war. Theobald diskutierte die Möglichkeit einer Nutzung des wachsenden Wohlstands für eine „Demokratisierung der sozialstrukturellen Verfügbarkeit von Muße“ mithilfe eines bedingungslosen Grundeinkommens, um es mit meinen eigenen Worten auszudrücken (Franzmann 2010, 2020; vgl. Theobald 1961, 1962, 1963, 1967, 1968).

Ich komme hier etwas ausführlicher auf die Grundeinkommensidee zu sprechen, weil sie bei näherem Hinsehen dem Humboldt'schen Bildungsgedanken entspricht. Vor dem Hintergrund der krisentheoretischen Perspektive, die ich Ihnen beim letzten Vorlesungstermin vorgestellt habe, erscheint sie als besonders radikale Antwort auf die Dynamisierung des gesellschaftlichen Wandels.

Die amerikanische Grundeinkommensdiskussion der 1960er-Jahre beschränkte sich aber nicht auf eine öffentliche Diskussion unter Wissenschaftler*innen, Bürgerrechtsaktivist*innen und Intellektuellen. Unter den Präsidenten Kennedy und Johnson begann sich auch die US-Regierung mit der Idee eines garantierten Grundeinkommens intensiver auseinanderzusetzen. Eine ganze Serie von Grundeinkommenspilotprojekten wurde mit (bundes-) staatlicher Finanzierung in verschiedenen Regionen der USA und Kanadas auf den Weg gebracht, nach dem Modell von „randomisierten Kontrollstudien“ (RCT), mit Laufzeiten von teilweise bis zu 5 Jahren, partiell sogar bis zu 10 Jahren, und Teilnehmer*innenzahlen von bis zu 5000 Personen (Widerquist 2018: 45f.). Nie zuvor hat es bei einer sozialpolitischen Reformidee eine vergleichbar systematische wissenschaftliche Experimental-Erprobung gegeben (Hausman u. a. 1985; Oakley 1998).

Die konservative Nixon-Administration machte sich ab 1969 sogar auf den Weg, eine Variante von Friedmans Idee einer Negativen Einkommensteuer in den USA bundesweit zu implementieren. Allerdings scheiterte der Prozess schließlich auf halbem Wege im Senat (Steenland 2018). Die klassische Arbeitsethik war zu diesem Zeitpunkt auch noch zu tief in der Bevölkerung verankert, als dass es eine vorwiegend in Führungskreisen geführte Debatte unter Wissenschaftler*innen, Intellektuellen, Aktivist*innen, Politiker*innen, Fachleuten, usw. vermocht hätte, es bis zur politischen Verwirklichung zu schaffen. Derart tief greifende Reformen sind in einer Demokratie in aller Regel auf einen breiten Rückhalt im Wahlvolk, also auf politische Mehrheiten angewiesen, die damals noch nicht existierten.

Das Scheitern des ersten historischen Versuchs einer politischen Implementation der Grundeinkommensidee in den USA unter Nixon erwies sich in den folgenden Jahrzehnten als weitreichende historische Weichenstellung für die USA und die Welt. Indem die Grundeinkommensoption verworfen wurde, bewegte sich das Land fortan, vor allem ab der Mitte der 1970er-Jahre, auf einem völlig anderen Entwicklungspfad im Umgang mit den Herausforderungen des sich dynamisierenden Strukturwandels: Der Wohlfahrtsstaat wurde nun zum „Workfare“-Staat ausgebaut, wirtschaftliche „Deregulierung“

gen“ mit dem „neoliberalen“ Versprechen einer „trickle down economy“ vorangetrieben (bei welcher der wachsende Wohlstand, der durch stärker investierende Unternehmen entstehe, angeblich wie von selbst in der Gesellschaft „nach unten“ durchsickere). Faktisch begann jedoch die soziale Ungleichheit nach den ökonomisch egalitären, „mittelständischen“ Nachkriegsjahrzehnten der USA deutlich zuzunehmen. Die „Gesamtverschuldung“ stieg durch eine kompensatorische Politik des „Wirtschaftswachstums auf Pump“ in astronomische Höhen (d. h. die Verschuldung des Staates, der Privatwirtschaft und der Bevölkerung). Der Finanzsektor wurde auch aus diesem Grund immer größer, aber auch wegen einer Zentralbankpolitik, die sich daran gewöhnt hatte, Wirtschaftskrisen mit der Verteilung von billigem Geld („quantitative easing“) über privatwirtschaftliche Finanzdienstleister zu lösen, die davon profitierten und immer mehr Mittel zur Verfügung hatten. Die Todesstrafe wurde Ende der 1970er-Jahre wieder eingeführt, das Gefängniswesen fortan stark ausgebaut, sodass die USA nach der Jahrtausend-Wende für einige Jahre zum Land mit der höchsten Inhaftierungsrate auf der Welt wurden. Diese Liste ließ sich noch fortsetzen. In gewisser Weise wurde der Fortschritts-optimistische, zum utopischen Denken fähige, hoffnungsvolle amerikanische Geist der Nachkriegszeit zunehmend zu einer blassen Erinnerung in einer ernüchternden Realität, in der immer mehr die *betriebswirtschaftliche Rationalität* in vielen gesellschaftlichen Bereichen zur führenden Rationalität wurde und Züge einer säkularen Ersatzreligion⁴ annahm.

Was Viele in der heutigen Grundeinkommensdiskussion nicht wissen: Dieser von den USA ab Mitte der 1970er-Jahre eingeschlagene alternative Entwicklungspfad hin zum aktivierenden Workfare-Staat, welcher mit der Präsidentschaft des Republikaners Ronald Reagan in den 1980er-Jahren prägnante Gestalt annahm und fortan auf viele Länder der Erde (ebenso auf andere, nicht-konservative Parteien, darunter liberalistische, sozialdemokratische, grüne und weitere) ausstrahlte, hat sich in erheblichem Maße in direkter, kritischer Absetzung gegenüber den Grundeinkommensideen in den 1960er und 1970er-Jahren profiliert: Reagan machte als kalifornischer Gouverneur Anfang der 1970er-Jahre insbesondere gegen die Grundeinkommenspolitik seiner regierenden Parteigenossen in Washington öffentlich Front und warb für seine alternativen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Ideen, die er parallel zu den oben erwähnten nordamerikanischen Grundeinkommenspilotstudien der 1970er-Jahre mit Workfare-Experimenten in kalifornischen Städten erproben ließ:⁵

⁴ Der Ausdruck „säkulare Ersatzreligion“ bezieht sich hier nicht auf sämtliche Erscheinungsformen der Säkularisierung von Weltbildern und Glaubensformen, sondern nur auf solche, die tatsächlich den Charakter einer Ersatzreligion an sich tragen. Das sind eher frühe Formen von Säkularisierung, wie der klassische, noch sehr religionsnahe und deswegen häufig auch forciert religionskritische, wenn nicht sogar religionsfeindliche, Atheismus. Im frühen Stadien der Säkularisierung kommt es wegen der noch großen Religionsnähe bei der Ausbildung säkularer Glaubensvorstellungen und -praktiken häufig (allerdings nicht notwendig) zu einem regelrechten Nachbau religiöser Glaubensvorstellungen und -praktiken in säkularer Form. Das ändert sich mit dem Fortschreiten der Säkularisierung, die sich zunehmend von Religionen entfernt, ablöst, sich darin konsolidiert und dann im Hinblick auf Religionen lebenspraktisch irgendwann schlicht indifferent wird. Bei dieser fortgeschrittenen, durchsäkularisierten „religiösen Indifferenz“ kann man nicht mehr von einer „Ersatzreligion“ sprechen. Vgl. Franzmann 2017.

⁵ Videoaufzeichnung eines öffentlichen Auftritts von Gouverneur Ronald Reagan an der „Luther Burbank High School“ am 22. Mai 1973, in der dieser gegenüber Studierenden die Grundeinkommenspolitik seiner Parteigenossen in Washington scharf kritisierte und seine Workfare-Ideen profilierte: https://archive.org/details/csth_000082

Eine Ironie der Geschichte ist, dass der kalifornische Gouverneur des Jahr 2021 Gavin Newsom am 15.5.2021 bekannt gab, 35 Millionen US-Dollar zur Durchführung lokaler Grundeinkommensexperimente in seinem Bundesstaat bereitzustellen und dass

"Ronald Reagans anschließende Wahl im Jahr 1980 brachte neue Ideen zur Sozialstaatsreform in den Vordergrund amerikanischer Politik, die in direkter Opposition zur Politik eines „garantierten Grundeinkommens“ entstanden waren und die den Niedergang von Konzepten eines garantierten Grundeinkommens in der nationalen Politikgestaltung anzeigten." (eigene Übersetzung von Steensland 2008: 182)⁶

"Der 'neue Konsens' in der Sozialstaatsreform, der sich in dieser Zeit herausbildete, gipfelte in Präsident Bill Clintons Sozialstaatsreformgesetz von 1996, das staatlich geförderten Sozialleistungen beendete." (Eigene Übersetzung von Steensland 2008: 219)⁷

4. Lebenslanges Lernen jenseits des wirtschaftlichen Funktionszusammenhangs?

Was die Programmatik eines lebenslangen Lernens anbelangt, so entwickelten sich ab den 1970er-Jahren, verstärkt dann in den 1990er-Jahren entsprechende Konzepte auch in Europa und in internationalen Organisationen wie zum Beispiel der UNESCO und der OECD (Delors 1996; Kraus 2001: 57ff.; OECD 1996; Europäische Union 1995; Klein 2017; Kommission der europäischen Gemeinschaften 2000). Das Schlagwort der „Wissensgesellschaft“ trat hinzu (vgl. Dewe und Weber 2007) und wurde zur übergreifenden Hintergrundfolie für eine Politik, die sich der Programmatik eines lebenslangen Lernens zunehmend als Mittel zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen nationalen Produktionsstandorts verpflichtet fühlte. Zwar gingen erziehungswissenschaftliche und intellektuelle Beiträge zur Diskussion immer wieder auch über den dargestellten Funktionszusammenhang einer Anpassung von Arbeitskräften an sich transformierende Arbeitsmärkte mittels lernender Weiterbildung hinaus (vgl. Hof 2009; Kade und Seitter 2013; Alheit und Dausien 2002; Alheit und von Felden 2009; Ribolits 1995; Wernstedt 2008). Aber bei der politisch-gesellschaftlichen Implementation von Konzepten blieb dieser dominant.

Das zeigt sich wohl nicht zuletzt an der Dominanz des *Lernbegriffs*,⁸ auch wenn man hier berücksichtigen muss, dass einige fachwissenschaftliche Autor*innen mit diesem Wort, wenig differenzierend, sowohl routinierte Prozesse des Erwerbs von Fertigkeiten und Wissensbeständen als auch krisenvermittelte Bildungsprozesse bezeichnen.

schon vor dieser Entscheidung viele US-amerikanische Städte kommunale Grundeinkommenspilotprojekte begonnen haben, darunter auffällig viele kalifornische Gemeinden. Unter den Städten mit kommunalen Grundeinkommensexperimenten sind zudem auch fast alle Städte, in denen bereits in den 1970er-Jahren Grundeinkommensexperimente durchgeführt wurden. Vgl. <https://www.mayorsforagi.org> ; <https://www.irp.wisc.edu/research/nit/irp-negative-income-tax-archive/>

⁶ Englisches Original-Zitat: "Ronald Reagan's subsequent election in 1980 brought to the forefront of domestic politics new welfare reform ideas that had arisen in direct opposition to GAI [= "Guaranteed Annual Income"] policies and that signaled the eclipse of GAI plans from national policymaking." (Steensland 2008: 182)

⁷ Englisches Original-Zitat: "The 'new consensus' on welfare reform that emerged during this period culminated in President Bill Clinton's 1996 welfare reform legislation, which terminated government-sponsored welfare entitlements." (Steensland 2008: 219)

⁸ In der Psychologie ist die Dominanz des Lernbegriffs sogar nicht nur im Hinblick auf das Thema „lebenslanges Lernen“, sondern generell traditionell besonders ausgeprägt, was man in der Vergangenheit nicht zuletzt daran ablesen konnte, dass selbst bei einer so dezidiert kritischen und humanistischen (unter anderem marxistische Ideen aufgreifenden) Psychologie wie der „Kritischen Psychologie“ von Klaus Holzkamp und anderen der Lernbegriff absolut im Vordergrund stand. Vgl. zum Beispiel: Holzkamp 1995.

Wie sähe aber ein Konzept aus, das aus dem engen Funktionszusammenhang des Arbeitsmarktes radikal herausträte, bei dem es also nicht nur überwiegend um „Weiterbildung“ im Sinne von routinierten Prozessen des Erwerbs von arbeitsmarktbezogenen neuen Fertigkeiten und Wissensbeständen ginge, sondern um umfassende, krisenvermittelte Bildungsprozesse über die Lebensspanne hinweg?

Die weitreichendste Variante wäre wohl tatsächlich eine, bei der das bedingungslose Grundeinkommen dazu ein sozialstrukturelles Fundament legte. Mit ihm würde die Verfügbarkeit der *Muße*, wie sie schon Robert Theobald und Anderen vorschwebte, sozialstrukturell demokratisiert (vgl. auch Franzmann 2020). Die Verfügbarkeit der *Muße* wäre nicht mehr sozial sehr ungleich verteilt, sondern im Prinzip Allen gleichermaßen zugänglich. Denn dafür ist nicht unbedingt, wie gegenwärtig, ein großes Vermögen nötig, das den erforderlichen ökonomischen Spielraum verschafft. Ein bedingungsloses Grundeinkommen in ausreichender, wenn auch eher bescheidener Höhe, das von der politischen Gemeinschaft auf verlässliche Weise gezahlt würde, reicht dazu im Prinzip aus. Humboldts Bildungsgedanke würde dadurch seinen ungewollt-elitären Zug verlieren, weil *Muße* als Voraussetzung von autonomer und autonomisierender Bildung fortan für jedes Mitglied des Gemeinwesens zugänglich wäre. (Ausgenommen hiervon wären allerdings Menschen mit einem starken, krankheitsbedingten Leidensdruck oder auch einer anderen Form von existenzieller Unsicherheit, sofern eine solche parallel zum Grundeinkommen existierte.)

Ob ein solches Grundeinkommen volkswirtschaftlich und in anderen Hinsichten wirklich realisierbar wäre, müssen wir hier offenlassen. Das überschreitet den soziologischen und pädagogischen Rahmen. Ich möchte aber vor dem verbreiteten Irrtum warnen, dass die Idee automatisch eine praktische Umsetzung impliziert, bei der der Grundeinkommensbetrag den bisherigen Individualeinkommen einfach *hinzugefügt* würde, so dass gesellschaftlich eine entsprechend riesenhafte Finanzierungssumme *zusätzlich* aufgebracht werden müsste – deswegen vielleicht auch Inflation drohte, an anderer Stelle essenzielle staatliche Leistungen eingespart werden müssten, usw. Nicht Wenige, darunter auch einige Ökonom*innen, die es eigentlich besser wissen müssten, halten ein solches Grundeinkommen schon aufgrund dieser irrtümlichen Annahme für nicht finanzierbar. Jedoch ist selbstverständlich vorstellbar, dass man die bisherigen Verteilungsströme der Individualeinkommen mehr oder weniger so umzuorganisieren versucht, dass jede/r bei gleichbleibender Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit ungefähr so viel hätte, wie vor der Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens, mit dem entscheidenden Unterschied, dass das Individualeinkommen in der definierten Grundeinkommenshöhe fortan eben *bedingungslos* zur Verfügung stünde. Hat man dies einmal begriffen, wird auch schnell klar, dass die Frage der Finanzierbarkeit vor allem davon abhängt, wie die Menschen die große Handlungsfreiheit, die ihnen die bedingungslose Einkommenssicherung gewährte, praktisch nutzen würden. Nutzten sie sie so, dass dies volkswirtschaftlich in der Summe problematische Konsequenzen zeitigte, würde die Finanzierung auf Dauer erodieren. Nutzten sie sie dagegen auf vernünftige, darin eingeschlossen auf eine Gemeinwohlbelange berücksichtigende Weise, wäre die Finanzierung gesichert. Ja, sie verbesserte sich dann womöglich sogar progressiv.

Im Hinblick auf pädagogische Fragen dient uns die Beschäftigung mit der Grundeinkommensidee hier erst einmal nur als eine *hypothetische Konstruktion*, die den Humboldt'schen Bildungsgedanken auf eine besonders radikale Weise gesellschaftlich in-

stitutionalisieren würde, sodass auch über die Lebensspanne hinweg genuine, autonome Bildungsprozesse auf der Basis von Muße für Alle in der so bedeutsamen ökonomischen Hinsicht möglich scheinen. Dass die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens tatsächlich Humboldts Bildungsgedanken nahesteht, mag das folgende Zitat veranschaulichen.

„Das höchste Ideal des Zusammenexistierens menschlicher Wesen wäre mir dasjenige, in dem jedes nur aus sich selbst, und um seiner selbst Willen sich entwickelte.“ (aus: „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“, vgl. Humboldt 1988: Bd. 7, S. 13)

Um die Grundeinkommensidee näher zu konturieren, ist es wichtig, dass wir die krisentheoretische Perspektive, die ich Ihnen beim letzten Mal vorgestellt habe, nun um eine genauere Bestimmung des Begriffs der Muße ergänzen. Denn die Demokratisierung der Muße ist der entscheidende Punkt beim bedingungslosen Grundeinkommen, zumindest aus pädagogischer Sicht.

5. Ein krisentheoretisch begründeter Mußebegriff

Das Wort „Muße“ verweist alltagssprachlich insbesondere auf eine Art *Gemütszustand*, der sich dadurch auszeichnet, dass wir uns nicht bedrängt fühlen und uns vor diesem Hintergrund zum Beispiel in Ruhe und ausschließlich intrinsisch motiviert mit einer Sache um ihrer selbst willen beschäftigen können. Das Wort verweist aber genauso auf die entsprechende *praktische Situation*, in der wir über einen solchen Freiraum verfügen und nicht unter Handlungsdruck stehen. Wie sich darin andeutet, verweist das Wort insgesamt betrachtet auf eine spezifische Art von *Praxis*, die sich dadurch auszeichnet, dass man sich sowohl in einer müßigen Lage befindet als auch einen entsprechenden Gemütszustand darin annimmt, sodass man in dieser Einheit von äußerer und innerer Verfassung die zur Verfügung stehende freie Zeit unbedrängt und selbstbestimmt mit irgendeiner Tätigkeit füllen kann und füllt. Dass Muße in erster Linie eine Praxis ist und als solche bestimmt werden muss, ist für den sozialwissenschaftlichen Diskurs keineswegs selbstverständlich. Man stößt darin immer wieder auf die Tendenz, den Mußebegriff auf einen psychischen Zustand zu reduzieren.

Als Praxis unterscheidet sich Muße grundsätzlich von Tätigkeiten wie Ausruhen, Entspannen, Erholen, Zerstreuen, die häufig mit Muße verwechselt oder davon zumindest nicht klar genug unterschieden werden. Wer sich aber ausruhen muss, ist in diesem Moment gerade nicht in einem ruhigen, müßigen Gemütszustand. Wer müde und erschöpft ist, befindet sich vielmehr in einem Zustand der *Bedürftigkeit*. Bedürftigkeit bedeutet eine Form von Bedrängnis. Wer sich ausruht, entspannt, erholt, zerstreut, gibt dieser Form von Fremdbestimmung nach. Erst wenn man ausgeruht und erholt ist, wenn das Bedürfnis nach Rekreation befriedigt ist, kann die Praxis der Muße im engeren Sinne entstehen, sofern man dann weiterhin über freie Zeit verfügt.

Wenn es sich tatsächlich so verhält, dann hat dies auch Konsequenzen für das begriffliche Verhältnis von „Muße“ zu „Arbeit“ und „Freizeit“.⁹ Das Verhältnis von Erwerbsarbeit und klassischer Freizeit wird maßgeblich durch den Rekreationsbedarf bestimmt, den vor allem die Erwerbsarbeit immer wieder neu erzeugt und dem dann in der klassischen „Freizeit“ nachgegeben wird. Über diesen funktionalen Zusammenhang springt das Fremdbestimmungsmoment der Erwerbsarbeit in die Freizeitphase über.

Vor diesem Hintergrund gehören Erwerbsarbeit und klassische Freizeit kultursoziologisch gesehen beide der gesellschaftlichen Sphäre der *Entfremdung* an, mit Karl Marx gesprochen dem „Reich der Notwendigkeit“ (Marx und Engels 2003: 828). Muße repräsentiert demgegenüber das „Reich der Freiheit“ (ebenda), jene Sphäre, in der selbstbestimmt und unbedrängt produziert oder auch rezipiert wird um seiner selbst willen, d. h. um der Sache willen, der man sich widmet.

Freizeit kann nun allerdings durch fortgesetzte Arbeitszeitverkürzung so stark ausgeweitet werden, dass sie irgendwann über das Maß hinausreicht, das zur Rekreation benötigt wird. Ab diesem Punkt beginnt die klassische Freizeit in genuine Muße umzuschlagen. Dies gilt gesellschaftlich wie individuell. Insofern kann man den Mußebegriff auch über die *Qualität von Zeit* bestimmen. Muße ist jene frei disponible Zeit, die erst beginnt, wenn man sich vollständig erholt hat und keine drängenden Bedürfnisse mehr befriedigen muss.

Eine interessante Frage ist, ob der gesellschaftliche Umschlagpunkt von Freizeit in Muße in Deutschland historisch mit dem IG-Metall-Streik von 1984 um die 35-Stunden-Woche erreicht worden ist. Jedenfalls hat die bis dahin währende historische Epoche der schrittweisen Arbeitszeitverkürzungen zu dieser Zeit ihr Ende gefunden, was bei einer „Arbeitsgesellschaft“ auch nicht wirklich verwunderlich ist (vgl. dazu Arendt 1960: 7–15; Dahrendorf 1980).

Wichtig zu sehen ist, dass auch *Arbeitslosigkeit* wenig mit Muße zu tun hat. Arbeitslosigkeit bleibt, wie schon der Ausdruck preisgibt, negativ an die Norm der Erwerbsarbeit gebunden. Sie ist gesellschaftlich als bloßer *Mangelzustand* konstruiert und institutionalisiert, in welchem man nicht mit einem positivierten Lebensentwurf „sesshaft“ werden darf. Wer sich lange in Arbeitslosigkeit befindet, lebt daher auch in einem dauernden Ausnahmezustand, in dem es keine vollgültige Anerkennung gibt. Dies – und nicht etwa jene verbreitete, mystifizierend-anthropologisierende Deutung, wonach der Mensch in puncto Sinnstiftung auf Erwerbsarbeit angewiesen sei – bildet den strukturellen Hintergrund dafür, dass die Situation der Arbeitslosigkeit psychisch sehr belastend ist. Sie erzeugt in paradox anmutender Weise selbst dann negativen Stress und macht perspektivisch krank, wenn man trotz Bewerbungen und Fortbildungen noch viel Zeit in der Woche übrighat und einem vor lauter freier Zeit die „Decke auf den Kopf fällt“, wie das von einigen Langzeitarbeitslosen tatsächlich formuliert wird (vgl. dazu Bauer u. a. 2011a, 2011b). Kaum etwas ist sozialwissenschaftlich so gut erforscht,

⁹ Dem hier vertretenden, krisentheoretisch begründeten Mußebegriff (vgl. dazu auch Franzmann 2010) entsprechen unter den Beiträgen des seit dem Jahr 2013 arbeitenden DFG-Sonderforschungsbereichs 1015 „Muße“ an der Universität Freiburg noch am ehesten die folgenden Beiträge: Gimmel u. a. 2016; Hasebrink und Riedl 2014.

wie diese psychische Belastungswirkung der Arbeitslosigkeit (vgl. z. B. Kieselbach 2007; Rogge und Kieselbach 2009), die genuine Muße gar nicht erst aufkommen lässt.

Wie man daran ablesen kann, ist genuine Muße gesellschaftlich nur begrenzt verfügbar. Sie war historisch vor allem ein Privileg wohlhabender Schichten, zunächst insbesondere aristokratischer Kreise, später dann des Großbürgertums, paradigmatisch verkörpert in den *britischen Gentlemen* und ihrer Lebensmaxime: *nicht zu arbeiten, um zu essen, sondern zu essen, um (selbstbestimmt und frei) zu arbeiten* (bzw. um einer sinnvollen Tätigkeit um ihrer selbst willen nachzugehen). Bis heute ist die Verfügbarkeit von Muße sozial sehr ungleich verteilt, weil sie ökonomisch voraussetzungsvoll ist, aber genauso von kulturellen Legitimationsstrukturen und weiteren Bedingungen existenzieller Sicherheit abhängt.

Da „Muße“ der Inbegriff von Autonomie ist, gehört der Mußebegriff ins Zentrum eines neuen Paradigmas der sozialen Ungleichheitsforschung, das derzeit noch überwiegend ein Desiderat ist. Der Mußebegriff bietet hierbei die interessante Möglichkeit der Weiterentwicklung und theoriestrategischen Erweiterung der Grundlagen des „capability approach“ von Amartya Sen und Martha Nussbaum (Nussbaum 2010; Sen 2000, 1962, 2001), der die menschliche Entwicklung unter dem zentralen Gesichtspunkt der Autonomie bzw. Befähigung betrachtet.¹⁰ Der Mußebegriff erlaubt zugleich die Reformulierung und Aktualisierung jener Sozialstaatstheorie Thomas H. Marshalls, deren perspektivischer Fluchtpunkt menschlicher Entwicklung die Universalisierung der schon erwähnten, mußebasierten „Gentleman-Kultur“ ist.¹¹

Der Mußebegriff wird häufig auch nicht genügend davon unterschieden, was man als „Kontemplation“ bezeichnen könnte. In der mittelalterlichen Philosophie wurde zwischen einer „vita activa“ und einer „vita contemplativa“ unterschieden. Wie un schwer zu erkennen ist, geht es dabei um die Differenz zwischen einem zweckgerichteten Praxisvollzug und einer Unterbrechung desselben durch eine Reflexionsphase. Muße ist jedoch nicht einfach mit Reflexion gleichzusetzen. Über Muße zu verfügen, ist zwar für eine Reflexionstätigkeit äußerst zuträglich. Aber man kann die Praxis der Muße auch auf andere Weise füllen. So gut wie jede Tätigkeit, die zum Zwecke des Erwerbs

¹⁰ Muße impliziert als Inbegriff von Autonomie, dass wichtige Lebensbedürfnisse schon befriedigt und grundlegende Bedingungen existenzieller Sicherheit gegeben sind. Sie setzt der menschlichen Entwicklung daher in gewisser Weise die Krone auf. Ohne sie fehlt – gerade auch im Hinblick auf Bildungsprozesse und biografische Transformationen – eine entscheidende Dimension, bleibt Autonomie erheblich eingeschränkt.

¹¹ Vgl. diesbezüglich das folgende Zitat von Thomas H. Marshall, in dem sich dieser über einen Vortrag seines Namensvetters Alfred Marshall äußerte: „In seinem Vortrag warf Marshall [also Alfred Marshall, M.F.] die Frage auf, ‚ob es einen triftigen Grund für die Vermutung gibt, daß die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse Grenzen hat, die sie nicht überschreiten kann.‘ ‚Die Frage ist nicht‘, sagte er, ‚ob letztlich alle Menschen gleich sind - sie sind es selbstverständlich nicht -, sondern ob der Fortschritt nicht gleichmäßig, wenn auch langsam vorwärtsschreiten wird, bis zuletzt, zumindest dem Beruf nach, jedermann ein Gentleman ist. Ich behaupte, daß dies geschehen wird und auch geschehen soll.‘ Seine Überzeugung gründete sich auf dem Glauben, daß das unterscheidende Kennzeichen der arbeitenden Klassen schwere und übermäßige Arbeit ist, und daß das Ausmaß dieser Arbeit stark verringert werden kann. Sich umschauend fand er Zeichen dafür, daß die gelernten Handwerker, deren Arbeit nicht stumpf und geisttötend war, sich bereits auf dem Weg in jenen Zustand befanden, den er als die endgültige Errungenschaft aller voraussah. Sie lernen, meinte er, Bildung und Freizeit mehr zu schätzen als ‚bloße Lohnsteigerungen und Verbesserungen der materiellen Umstände.‘ ‚Ihre Unabhängigkeit und mannhafte Selbstachtung wächst stetig, und damit auch die freundliche Anerkennung anderer; mehr und mehr akzeptieren sie die privaten und öffentlichen Pflichten des Staatsbürgers; sie begreifen zunehmend die Wahrheit, daß sie Menschen sind, und keine arbeitenden Maschinen. Sie werden immer mehr zu Gentleman.‘ Wenn der technische Fortschritt Schwerarbeit auf ein Minimum reduziert hat, und dieses Minimum in kleinen Teilen auf alle verteilt wird, dann werden, insofern als die arbeitenden Klassen aus Menschen bestehen, die übermäßige Arbeit zu verrichten haben, auch die arbeitenden Klassen abgeschafft ... sein.“ (Marshall 1992: 35f.)

eines Lebensunterhalts ausgeübt wird, kann im Prinzip auch in freier Muße um ihrer selbst willen vollzogen werden, d. h. ohne äußeren Druck und Zweck.

Wenn man allerdings eine Tätigkeit müßig, ausschließlich nach sachimmanenten Kriterien und aus intrinsischer Motivation ausübt, hat man allen Grund, sie so sorgfältig auszuführen, wie es sachlich sinnvoll erscheint und sich dazu die nötige Zeit zu nehmen, die unter Muße-Bedingungen auch zur Verfügung steht. Man hat darüber hinaus allen Grund, sich bei der Ausübung der Tätigkeit immer wieder *reflexiv* damit auseinanderzusetzen, wie man die Tätigkeit noch besser ausführen kann. D. h. die müßige Ausführung einer Tätigkeit führt aus ihrer intrinsischen Logik heraus zu einer Dynamik der selbst-reflexiven *Kultivierung* dieser Tätigkeit. Insofern kann man sagen, dass die Praxis der Muße zwar nicht mit Kontemplation bzw. Reflexion gleichgesetzt werden kann. Aber sie tendiert aus sich heraus zu einem hohen Maß an Reflexivität, Auseinandersetzung, Bildung, selbst dort, wo eine praktische Tätigkeit im Vordergrund steht.¹²

6. Genuine Bildungsprozesse innerhalb der „Bewährungszeit“ Erwachsener

Nun ist bei Verfügbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht davon auszugehen, dass sich jeder Mensch aus der Erwerbsarbeits-sphäre ganz heraushalten würde, um so ein radikal mußeorientiertes Leben zu führen, bei dem jegliches Moment von Fremdbestimmung, wie es mit Arbeitsverträgen unvermeidlicherweise zumindest ein Stück weit ins Spiel kommt, vermieden wäre, ganz nach dem Vorbild britischer Gentlemen, die auf der Basis ihrer Besitztümer und Vermögen ökonomisch nicht erwerbstätig sein mussten und sich im Prinzip ein Leben lang auf selbstbestimmte Muße-tätigkeiten verlegen konnten. Für viele Menschen würde es angesichts der eher bescheidenen Höhe eines Grundeinkommens ökonomisch weiterhin interessant bleiben, sich durch Erwerbsarbeit etwas hinzuzuverdienen. Insofern wäre es selbst unter solch günstigen Bedingungen, wie sie ein bedingungsloses Grundeinkommen im Hinblick auf Bildung bedeutete, nicht realistisch, ein radikales Modell von muße-ermittelte Bildung über die gesamte Lebensspanne hinweg *in direkter Analogie* zur Idee des „lebenslangen Lernens“ zu konstruieren, sofern man bei letzterer tatsächlich an routinierte Erwerbsprozesse denkt, die mehr oder weniger *durchgängig* über die Lebensspanne hinweg begleitend erfolgen. Für die meisten Menschen dürfte vielmehr der Normalfall sein, das Grundeinkommen im Laufe des Erwerbslebens nur *phasenweise* zum Rückzug in die Muße außerhalb der Erwerbsarbeits-sphäre zu nutzen, um sich auf dieser Basis genuinen Bildungsprozessen hinzugeben.¹³

Es gibt aber noch einen zweiten Grund, warum man „lebenslange Bildung“ nicht einfach in Analogie zu einem durchgängigen „lebenslangen Lernen“ konzipieren kann. Genuine Bildung ist *krisenvermittelt* und wäre als permanente für viele Menschen auch

¹² Ich habe dies für die Praxis des Extrembergsteigens ausführlicher zu zeigen versucht (Franzmann 2017: 96–106, 200–312). Sie stellt eine anstrengende, praktisch-körperliche Tätigkeit der „Bezwingung“ einer Steilwand oder eines Berges dar, in der die ausführenden Subjekte oft unter höchste Anspannung, nicht selten sogar in Lebensgefahr geraten. Insgesamt betrachtet wird diese Tätigkeit dennoch in der Regel primär aus müßigen Motiven ausgeübt (vgl. Bonington 2000; Grupp 2008; Houlding 2001; McDonald und Amatt 2001; Scharfe 2007; Ziak 1981).

¹³ Jedoch würde die mit dem bedingungslosen Grundeinkommen verbundene Möglichkeit, prinzipiell zu jeder Art von Erwerbsarbeit Nein zu sagen, den Charakter von Erwerbsarbeit erheblich verändern. Momente der Fremdbestimmung würden erheblich zurückgedrängt. Die Freiheit der Muße würde auf die Erwerbsarbeits-sphäre gewissermaßen ausstrahlen, obgleich arbeitsvertragliche Verpflichtungen prinzipiell auch dann noch ein Fremdbestimmungsmoment behielten.

eine Überforderung, die auf Kosten der Bewältigung praktischer Zwecke ginge, denen sie weiterhin gerecht werden müssen oder wollen. Man darf nicht vergessen, dass Bildung mit ausgiebiger Reflexion einhergeht. Diese impliziert die Unterbrechung des zweckorientierten Praxisvollzugs. Andauernde Reflexion können sich viele Personen angesichts von fortbestehenden praktischen Verantwortlichkeiten weder leisten, noch erscheint sie ihnen als wünschenswert.

Es ist vor diesem Hintergrund angebracht, zwischen

1) Bildung in der Zeit des Heranwachsens und

2) Bildung in der Lebensspanne des selbstverantwortlichen Erwachsenen

grundlegend zu unterscheiden. Die Zeit des Heranwachsens ist durchgängig eine biografische Bildungs- und „Probezeit“, die auch als solche gesellschaftlich institutionalisiert ist, während mit dem Eintritt in das mit praktischer Verantwortung verbundene Erwachsenenleben im Grundsatz die „Bewährungszeit“ beginnt – um es mit einer begrifflichen Unterscheidung Ulrich Oevermanns auszudrücken (Oevermann 2005: S. 76).

Heranwachsende vollziehen ihre Bildungsprozesse unter den Schutz- und Schonbedingungen eines Bildungsmoratoriums (vgl. Zinnecker 2003), in dem sie von praktischer Verantwortung entlastet bleiben. Sie können sich vor diesem Hintergrund durchgängig primär der Bildung widmen. Das ändert sich mit dem Übergang ins Erwachsenenalter, indem man praktische Verantwortung übernimmt und übernehmen muss. Soll man auch darin noch genuine Bildungsprozesse vollziehen können, bedarf es zumindest temporär vergleichbarer Rahmenbedingungen, die eine „Auszeit“ von der praktischen Verantwortung erlauben. Bildungsprozesse unter der Bedingung der praktischen Verantwortlichkeit zu vollziehen, wäre nämlich vergleichbar mit der Situation eines Schiffes auf hoher See mit großem Wellengang, welches während der Fahrt einem grundlegenden Umbau auch am Schiffsrumpf unterzogen werden soll. Damit der Umbau ohne schädliche praktische Konsequenzen gelingen kann, muss das Schiff ans Trockendock, also aus dem zweckorientierten Praxisvollzug zeitweise herausgenommen werden. In der biografischen Bewährungszeit Erwachsener sind genuine Bildungsprozesse in ihrer reflexionsbezogenen Krisenhaftigkeit daher eine eminente biografische Gestaltungsaufgabe, bei der man sich angemessene Rahmenbedingungen organisieren muss. Es kommt hier auf das Timing und auf Arrangements der temporären Entlastung von praktischer Verantwortung an, sodass man sich der Reflexion widmen kann.

Unter den gegenwärtigen Lebensbedingungen ist das für Erwachsene im Allgemeinen nur eingeschränkt möglich, weil bis zum Ruhestand durchgängig die Pflicht zum Erwerb des Lebensunterhalts durch Arbeit institutionalisiert ist. In der Politik werden zwar zunehmend Modelle diskutiert, die eine zeitweise Unterbrechung der Erwerbstätigkeit ermöglichen sollen, durch ein temporäres *Sabbatical* und Ähnliches. Aber gesellschaftliche Wirklichkeit ist davon bisher nicht viel geworden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen erscheint im Vergleich dazu als ein besonders radikaler, weitreichender Ansatz, weil er dem erwachsenen Subjekt erlauben würde, Phasen des Rückzugs aus der erwerbstätigen Praxis völlig selbstbestimmt einzulegen, wie und wann es vernünftig erscheint.

Diese Phasen des Rückzugs können Ähnlichkeiten zu den Bedingungen der *Spätadoleszenz* haben, mit entsprechend bildungsfreundlichen Moratoriumsbedingungen der

Praxisentlastung. Die Frage ist, ob sich ein Gemeinwesen eine derart weitreichende Freiheit tatsächlich leisten könnte und ob es realistisch erschiene, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen mit solchen erweiterten Autonomiespielräumen, die früher nur sehr privilegierten Kreisen zur Verfügung standen, vernünftig und gemeinwohlorientiert umgehen würde.

An dieser Stelle wird wieder die beim letzten Vorlesungstermin skizzierte *dialektisch-performatorische Theorie der Autonomiegenese* relevant. Denn wenn es richtig ist, dass *Autonomie durch Vollzug* entsteht, wenn es stimmt, dass Autonomie an ihren Herausforderungen wächst, dann gilt dies auch für die Herausforderung solch erweiterter Autonomiespielräume. Ein Blick in die Geschichte kann diesbezüglich zur Selbstvergewisserung dienlich sein und herangezogen werden, denn Autonomisierungsschübe hat es darin immer wieder gegeben.

7. Der zeitgenössische Strukturwandel

Werfen wir nun aber endlich wie im Titel angekündigt einen Blick auf Besonderheiten des zeitgenössischen Strukturwandels. Es gibt hier eine Vielzahl von Dimensionen zu berücksichtigen, was jedoch den Rahmen dieser Vorlesung sprengen würde. Ich muss mich daher auf eine Auswahl vor dem Hintergrund des Ausgeführten beschränken. Betrachten wir als Erstes und am ausführlichsten den Strukturwandel der Arbeitswelt, weil die Notwendigkeit des Erwerbs einer ökonomischen Lebensgrundlage (noch immer) von fundamentaler Bedeutung für den Lebenslauf Erwachsener ist und biografische Transformationen in starkem Maße prägt. Der Strukturwandel der Arbeitswelt erscheint außerdem als dominante Hintergrundfolie dafür, dass das lebenslange Lernen gesellschaftlich zum Dauerthema geworden ist und von Vielen als Notwendigkeit betrachtet wird.

7.1. Strukturwandel der Arbeitswelt

An erster Stelle ist diesbezüglich sicherlich das Schlagwort der „Digitalisierung“ zu nennen. Damit ist eine gesellschaftliche Transformation bezeichnet, die mindestens bis in die 1970er-Jahre zurückreicht und in der Gegenwart auf fortgeschrittener Stufenleiter eine neue Phase durchläuft.

Bereits seit den 1980er-Jahren begann die „digitale Revolution“, auf dem Arbeitsmarkt eine *Polarisierung* zu befördern, und zwar in Abhängigkeit vom beruflichen Qualifikationsgrad (Bárány und Siegel 2018; Buyst u. a. 2018). Niedrigqualifizierte Arbeitskräfte geraten zunehmend unter Druck, hochqualifizierte sind hingegen – zumindest ein erheblicher Teil – sehr gefragt. Das spiegelt sich auch in der Lohnentwicklung wider. Niedrigqualifizierte Arbeitskräfte drohen, an den Wohlstandsgewinnen fast gar nicht mehr beteiligt zu werden und im Realwert ihrer Arbeitseinkommen zu stagnieren, hochqualifizierte wurden und werden zum Teil zu Topverdienern (ebenda), besonders in Bereichen, in denen mit einer langwierig zu erwerbenden und daher oft knappen Berufsqualifikation seitens der Unternehmen viel Geld zu verdienen ist.

Seit den 1990er-Jahren wurde diese Entwicklung fachwissenschaftlich vor allem unter dem Schlagwort des „skill-biased technological change“ (SBTC) diskutiert und gedeutet (ebenda). Der technologische Wandel führt demzufolge zu einer „Bevorzugung“ von und größeren Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften, weil er die Arbeitstätigkeit vieler ungelernter und geringqualifizierter Menschen maschinisierbar und

automatisierbar macht, ihren ökonomischen Wert dementsprechend sinken lässt. Tatsächlich hat die weitere Entwicklung dazu geführt, dass ungelernete und geringqualifizierte Arbeitskräfte häufig – vermittelt durch die veränderten Bedingungen am Arbeitsmarkt – in eine prekäre Lebenslage geraten sind.

In der fernerer Vergangenheit war es für Viele noch möglich, nach einem Jobverlust trotz geringer Qualifikation einen neuen Job zu finden, sofern die Wirtschaft florierende. Man konnte ohne nennenswerte Berufsqualifikation eine normale Erwerbsbiografie bestreiten, seine Familie unterhalten usw. Das hat sich im „postindustriellen“ Zeitalter des „Postfordismus“ und der „Wissensgesellschaft“ durch die technologische Entwicklung, insbesondere durch die digitale Revolution, grundlegend verändert.

Führen wir uns vor Augen, was die aktuelle Digitalisierungsphase kennzeichnet:

- 1.) Zunächst ist das Sammeln gigantischer Mengen digitaler Daten zu nennen, also das, was mit dem Schlagwort „Big Data“ bezeichnet wird. Deren Informationswert ist oft so groß, dass Internetkonzerne ihre Dienstleistungen einem weltweiten Nutzer*innenkreis völlig kostenlos anbieten, sofern sie dafür im Gegenzug massenweise von diesen Daten sammeln und verarbeiten dürfen.
- 2.) Längst existiert eine neue, *smarte* Robotergeneration, die mit einer hochdifferenzierten, anspruchsvollen *Sensorik* ausgestattet ist. Mit dieser ist es insbesondere möglich geworden, die Roboter auf „autonome“ Weise mobil zu machen und in direkten Kontakt zu Menschen treten zu lassen. Die ältere Fabrik-Robotergeneration musste noch, etwa in einer Auto-Montagestraße, fest installiert werden und aus Gründen des Arbeitsschutzes von Menschen abgeschottet bleiben.
- 3.) Die Software zur Steuerung der neuen smarten Roboter und anderer Anwendungen bedient sich zunehmend der sogenannten *Künstlichen Intelligenz (KI)*. Sie verwandelt die angeschlossenen Maschinen in „lernende Maschinen“, die „dazulernen“, indem aus dem gesammelten Dateninput statistische Muster erfasst werden.
- 4.) Dies alles wird durch das Internet, das Intranet, das „Internet der Dinge“, durch das mobile Internet, usw. auf umfassende Weise miteinander *vernetzt*.

Charakteristisch ist dabei vor allem, dass diese vier Dimensionen miteinander *kombiniert* werden. Auf diese Weise entwickelt sich zunehmend eine universell einsetzbare digitale Gesamttechnologie, mit der sich perspektivisch beinahe beliebige Routineaufgaben in einer symbolischen Programmiersprache repräsentieren und durch passende Endgeräte mobil und sensorisch sensibel ausführen lassen. Dies wird insbesondere bei den smarten Robotern anschaulich. Diese können nur deswegen „autonom“ agieren, weil sie zugleich sensorische Input-Daten sammeln, mit einer künstlich intelligenten Software daraus lernen und dabei meist auch Teil eines übergreifenden digitalen Informationsnetzes sind, für das das Speichern und Verarbeiten gigantischer Datenmengen längst kein grundsätzliches Problem mehr ist.

Warum geht es bei dieser universellen Digitaltechnologie um die Automatisierung und Maschinisierung von *Routinen*, nicht der Krisenbewältigung? Die sie steuernde Software repräsentiert nach meinem Verständnis nichts anderes als eine hochkomplexe Routine. Aus der krisentheoretischen Perspektive erscheinen „Algorithmen“ als formalisierte Routinen, eine Software als eine komplexe Struktur von Wenn-Dann-Verknüp-

fungen, die in einer symbolischen Programmiersprache formuliert werden und festlegen, welche Operationen unter welcher Bedingung und in welcher Reihenfolge routinemäßig ausgeführt werden.

Nun gilt es an dieser Stelle besonders zu würdigen, dass „künstliche Intelligenz“ und „lernende Maschinen“ gleichwohl *dazulernen*, sich somit nicht auf ein starres Set von Routinen beschränken. Das ist jedoch kein Widerspruch zur Charakterisierung der universellen Digitaltechnologie als Technologie zur Automatisierung von *Routinen*, nicht der Krisenbewältigung. Denn „lernende Maschinen“ lernen nach einem programmierten Ablauf, beruhen also auch bei Lernoperationen auf einem Routineschema.

Die aus dem massenhaften Dateninput identifizierbaren Muster, die das weitere „Agieren“ der Maschine softwaregeleitet verändern, beruhen bei menschlichen Verhaltensdaten nicht auf einem *Sinnverstehen*, wie es Menschen vornehmen können und wie es mit fallrekonstruktiven, hermeneutischen Forschungsmethoden sozialwissenschaftlich praktiziert wird. Es handelt sich vielmehr bloß um eine mathematisch-statistische Musteridentifizierung, die *Regularitäten* auf dem Wege statistischer Korrelationen aus den Massendaten erfasst.

Man kann dies anschaulich beim Onlineshop von Amazon beobachten, wo man auf der Basis von Daten zu vergangenen Einkäufen gezielt bestimmte Produkte für den nächsten Kauf präsentiert bekommt. Dies sind in der Regel jene Produktkategorien, von denen man bereits Exemplare gekauft hat. Als Nutzer*in kann man sich darüber nicht selten wundern, weil die Tatsache, dass man aus einer bestimmten Produktkategorie bereits etwas gekauft hat, häufig impliziert, dass der persönliche Bedarf diesbezüglich wahrscheinlich schon gedeckt ist und diese Produktkategorie in nächster Zeit gerade nicht mehr für weitere Käufe von Interesse ist, wie es zum Beispiel bei einer Waschmaschine der Fall ist. Wer benötigt schon zwei Waschmaschinen? Hier wird die statistische Mustererkennungslogik von „lernenden Maschinen“ anschaulich sichtbar. Im Hinblick auf eine Sinnrekonstruktion sind „lernende Maschinen“ unfähig und dumm. Sie „verstehen“ das in Daten dokumentierte Handeln von Menschen nicht, sondern erfassen auf mechanische Weise „Regularitäten“ in den gesammelten Verhaltensdaten, ohne zu begreifen, was für eine sinnhafte Logik der menschlichen Praxis dahinter steht. Die „künstliche Intelligenz“ von Maschinen ist also begrenzt, und es spricht viel dafür, dass es auch in Zukunft nicht möglich sein wird, eine Tätigkeit wie die des Sinnverstehens – inklusive der methodischen Sinnrekonstruktion, wie sie in der sozialwissenschaftlichen hermeneutischen Forschung praktiziert wird – zukünftig von einer Software erledigen zu lassen.

Es erscheint daher kaum als Zufall, dass man zwar von „lernenden Maschinen“ spricht, aber so gut wie niemand auf die Idee käme, von „sich bildenden Maschinen“ zu reden. Maschinen sind zu komplexesten Routineoperationen fähig, inklusive kumulativen Lernoperationen wie der statistischen Mustererkennung aus Massendaten. Aber zur *Krisenbewältigung*, *Bildung*, zu *abduktiven logischen Schlüssen* und zur *Sinnrekonstruktion* sind sie nicht in der Lage. Ebenso wenig verfügen sie über *Autonomie* bzw. die Fähigkeit zu *genuinen, krisenhaften Entscheidungen* im engeren Sinne, zumal sie auch nicht über *lebensbezogene Interessen, Bedürfnisse* und *Gefühle* verfügen. Es wäre nur eine zweifelhafte Simulation, wenn man der Software eines Roboters entsprechendes ein-

programmieren würde. Alle Entscheidungsfragen fallen daher auch in ethischer Hinsicht grundsätzlich auf Menschen zurück, die die Software als komplexes Routine-schemata programmieren und operativ einsetzen.

Krisen- und Autonomiefähigkeit ist also etwas genuin menschliches. *In dieser Hinsicht* (Krisenbewältigung schließt dabei Kreativität ein) werden Menschen wohl auch längerfristig nicht durch die sich abzeichnende, universelle Digitaltechnologie ersetzbar sein. Von der digitalen Rationalisierungswelle potenziell betroffen sein werden dagegen die *Routineanteile* von Arbeitstätigkeiten. Dabei ist es grundsätzlich eine gesellschaftliche Entscheidung, welche standardisierbaren und damit potenziell durch Maschinenlösungen substituierbaren Routinetätigkeiten tatsächlich auch normativ ersetzt werden *sollen*. In der Pflege zum Beispiel bestehen nicht wenige Tätigkeiten aus Routinen. Wenn es perspektivisch möglich werden sollte, diese Tätigkeiten mithilfe von Robotern zu ersetzen, liegt es in der Entscheidung der Gesellschaft, ob dies im direkten Umgang mit pflegebedürftigen Menschen auch so praktiziert werden soll.

In der objektiv-hermeneutischen Theoriebildung ist das Begriffspaar Krise und Routine spätestens seit Beginn der 1990er-Jahre von großer Bedeutung. Aus diesem Grund wurde das in diesem Jahrzehnt im fachwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs vorherrschende, schon erwähnte Konzept eines „skill-biased technological change“ (SBTC) inklusive der dazugehörigen Unterscheidung zwischen „geringqualifizierter“ und „höherqualifizierter“ Erwerbsarbeit zum Teil auch kritisch gesehen. Denn für analytische Zwecke erweist sie sich als zu undifferenziert: Berufsarbeit, die eine aufwendige Qualifikation verlangt, deren Erwerb mehrere Ausbildungsjahre dauert, kann dennoch überwiegend aus Routinen bestehen, wenn auch aus einem hochkomplexen Set von Routinen. Für die Frage, ob eine Arbeitstätigkeit durch die universelle Digitaltechnologie perspektivisch rationalisierbar werden könnte, ist daher nicht allein das abstrakte Merkmal des „Qualifikationsgrades“ ausschlaggebend, sondern vielmehr, ob es sich um eine Qualifikation der Krisenbewältigung oder zur Ausführung von Routinen handelt. Nur im letzten Fall liegt die notwendige, wenn auch noch nicht hinreichende, Voraussetzung dafür vor, dass die betreffende Arbeitstätigkeit durch Maschinenlösungen ersetzbar wird.

Tatsächlich hat sich die internationale fachwissenschaftliche Diskussion nach dem Jahrtausendwechsel diesem Sachverhalt allmählich angenommen, obgleich die deutsche Diskussion diesbezüglich noch immer hinterherzuhinken scheint. Mittlerweile ist zunehmend auch von „routine-biased technical change“ (RBTC) (Goos u. a. 2014, 2014) die Rede.

Diese Perspektive war auch für die weltweit auf große Resonanz stoßende Studie von Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne „The future of employment: How susceptible are jobs to computerisation?“ (Frey und Osborne 2013) grundlegend. Die beiden Wissenschaftler der Universität Oxford haben für den Arbeitsmarkt der USA im ersten Schritt eine Kartografie der existierenden Kategorien von Arbeitstätigkeiten angefertigt, bei der sie die Routineanteile bestimmten und recherchierten, inwiefern dafür bereits Möglichkeiten der Rationalisierung durch die Digitaltechnologie verfügbar oder absehbar waren. Auf dieser Grundlage haben sie dann im zweiten Schritt zu berechnen versucht, wie viele „Jobs“ in den USA zum Zeitpunkt der Studie als *potenziell* ersetzbar erschienen.

„47 % der gesamten US-Beschäftigung fällt in die Kategorie ‚hohes Risiko‘ [insb. wegen starker Routineanteile], was bedeutet, dass die damit verbundenen Berufe in einer unbestimmten Anzahl von Jahren, vielleicht ein oder zwei Jahrzehnte, potenziell automatisierbar sind.“ (eigene Übersetzung von Frey & Osborne 2013: 38)¹⁴

Es hat in Deutschland mehrere Jahre gedauert, bis diese Studie überhaupt zur Kenntnis genommen wurde, nachdem sie schließlich auch auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum international sichtbar Resonanz fand. Als dies dann geschah, formierte sich sofort eine fragwürdige Kritik. Der Studie wurde nicht nur in der journalistischen Berichterstattung der Vorwurf gemacht, methodisch unsauber zu sein, weil sie angeblich einen tatsächlichen Job-Abbau von 47 Prozent in den Folgejahren prognostiziere, ohne dabei gegenläufige Entwicklungen und anderes mehr in Rechnung zu stellen (siehe z. B. FAZ 2020; Rauner 2017). Das Zitat zeigt, dass die Studie eine solche Prognose nicht vorgenommen hat. Frey und Osborne haben sich vielmehr konsequent darauf beschränkt, auf der Grundlage der angefertigten Kartografie ein zum Zeitpunkt ihrer Studie bestehendes Rationalisierungspotenzial zu berechnen, ohne dabei den Anspruch zu erheben, die Jobentwicklung insgesamt bilanziell zu prognostizieren. Wer ihren Aufsatz tatsächlich liest, dürfte vor diesbezüglichen Missverständnissen gefeit sein. Dass sich der genannte methodenkritische Vorwurf in Deutschland dennoch hartnäckig am Leben erhielt, liefert auch einen Hinweis darauf, dass die Studie „kulturelle Abwehrformationen“ (Franzmann 2010) berührt hat, die nicht davor zurückschrecken, mit diffamierenden Verdrehungen das Beunruhigende des eigentlichen Forschungsbefunds abzublocken – ich komme darauf gleich zu sprechen. Von solchen Abwehrmechanismen abgesehen, ist die Studie aber auch auf große Resonanz gestoßen. Sie hat zahlreiche Folgeuntersuchungen und eine breite Debatte zum Strukturwandel der Arbeitswelt infolge der Digitalisierung inspiriert (beispielhaft: Bonin u. a. 2015; Bowles 2014; Dengler und Matthes 2015; ISÖ – Institut für Sozialökologie 2019).

In Deutschland dominiert bis heute, wie bei der Rezeption der Studie von Frey und Osborne, eine *bilanzierende* Perspektive, die das Augenmerk darauf legt, wie viele Arbeitsplätze insgesamt durch den technologischen Wandel fortfallen und wie viele neu entstehen. Diesbezüglich hat in der Regel ein Zweckoptimismus (aus verständlichen Gründen) die Oberhand, der angesichts der bisherigen Geschichte des technologischen Wandels hoffnungsvoll davon ausgeht, dass auch bei dem aktuellen Strukturwandel der Digitalisierung die wegfallenden Arbeitsplätze durch neu entstehende kompensierbar sein werden. Das Problem ist, dass durch diese über viele Jahrzehnte eingeübte Perspektive das beunruhigend Neue der Studie von Frey und Osborne aus dem Blick gerät. Es besteht in dem *Ausmaß* und *Tempo* des sich abzeichnenden Strukturwandels, das heißt vor allem: in den Herausforderungen, die daraus für viele, viele Menschen in vergleichsweise kurzen Zeiträumen resultieren, für Menschen, die mitten in ihrer Erwerbsbiografie den Übergang von alten Arbeitsplätzen, häufig mit hohen Routineanteilen, zu neu entstehenden, die in der Regel sehr viel höhere, aufwändigere Qualifikationen, nicht zuletzt der Krisenbewältigung, verlangen, bewältigen müssen,

¹⁴ Englisch Original-Zitat: „According to our estimate, 47 percent of total US employment is in the high risk category, meaning that associated occupations are potentially automatable over some unspecified number of years, perhaps a decade or two.“ (Frey & Osborne 2013, S. 38)

sofern sich denn die zweckoptimistische Hoffnung erneut bewahrheitet, dass eine genügend große Zahl von neuen Arbeitsplätzen durch den technologischen Wandel erzeugt werden, was umstritten und offen ist.

Wirft man einen Blick in die Geschichte der Diskussion zur Frage einer technologisch bedingten Arbeitslosigkeit, stellt man schnell fest, dass eine wissenschaftliche Prognose zur bilanziellen Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze fachwissenschaftlich ohnehin kaum seriös zu bewerkstelligen ist. Das mag das folgende Zitat aus dem einschlägigen Buch der amerikanischen Historikerin Amy Sue Bix veranschaulichen, das die vielen Jahrzehnte der Fachdiskussion um die Frage einer technologisch bedingten Arbeitslosigkeit in den USA resümiert:

"Aufgrund der schieren Komplexität des Themas war es für Experten praktisch unmöglich, die gesamte technologische Arbeitslosigkeit zu einem bestimmten Zeitpunkt zu messen. Ökonomen, Statistiker, Soziologen und Historiker mobilisierten das gesamte Instrumentarium ihrer Disziplinen, um Untersuchungen zur Technisierung anzuleiten und zu begründen. Solche Studien produzierten eine Fülle von Statistiken und Berichten, aber die Ergebnisse waren von Natur aus begrenzt, und immer konnten sich die Forscher jahrelang über Methodik und Interpretation streiten. Eine scheinbar einfache Frage, nämlich wie viele Arbeiter durch technische Veränderungen in der Produktion verdrängt wurden, wurde zu einem Thema für ständige und leidenschaftliche Meinungsverschiedenheiten." (eigene Übersetzung von Bix 2000: 304)¹⁵

In den USA und anderswo diskutiert man vor diesem Hintergrund mittlerweile auch eher über die Frage, welche Probleme das enorme *Tempo* und *Ausmaß* des sich abzeichnenden digitalen Strukturwandels gesellschaftlich erzeugen wird (Bruun und Duka 2018; Brynjolfsson und McAfee 2011, 2014; Frey 2019; Pulkka 2017; Soucier 2019; Susskind und Susskind 2016). Die deutsche Diskussion hinkt diesbezüglich der internationalen, wie generell in Fragen der Digitalisierung, weiterhin hinterher. Aus der Perspektive der Bildungsforschung und Pädagogik fällt diesbezüglich vor allem die Herausforderung biografischer Transformationen ins Gewicht.

Denn es wird durch den aktuellen Strukturwandel nicht bloß immer weiter zum Normalfall, dass sich Erwerbsbiografien *diskontinuierlich* gestalten; eine stark *wachsende* Zahl von Menschen wird wohl mehrfach im erwerbstätigen Erwachsenenleben erhebliche biografische Anpassungsleistungen zu erbringen haben. Der *Herausforderungsgrad* dieser Transformationen wird aller Voraussicht nach auch im Durchschnitt deutlich zunehmen. Denn man darf nicht übersehen, wer vom Strukturwandel der Digitalisierung

¹⁵ Englisch Original-Zitat: "Because of the sheer complexity of the subject, experts found it virtually impossible to measure total technological unemployment at any one time. Economists, statisticians, sociologists, and historians mobilized all the tools of their disciplines to guide and legitimate investigations of mechanization. Such studies produced a wealth of statistics and reports, but the results were inherently limited, and, in any case, researchers could quarrel for years about methodology and interpretation. A seemingly straightforward question, What is the number of workers displaced by technical changes in production, became a matter for perpetual and passionate disagreement. Even in the depths of the Depression, no one suggested that mechanization alone accounted for all the millions of unemployed. Beyond that, no consensus emerged. In the absence of objective figures, discussion of technological unemployment became a battle of emotions, assumptions, and vested interests." (Bix 2000: 304)

an erster Stelle betroffen ist bzw. sein wird, und *in welche Richtung* sich dieser Personenkreis mitten im Erwachsenenleben wird „fortbilden“ müssen, d. h. im Hinblick auf welche Art von neu entstehenden Arbeitsplätzen und Qualifikationsanforderungen.

Von der bevorstehenden Rationalisierungswelle werden wohl (weiterhin, aber in zunehmendem Ausmaß) vor allem Personen betroffen sein, die überwiegend routinetafe Arbeitstätigkeiten ausführen, insbesondere solche, bei denen die entsprechenden Routinen *standardisiert* werden können und die Ersetzung durch Maschinen auch gesellschaftlich als lohnens- und wünschenswert erscheint.

Hinzu kommt, dass bei Berufen wie den *Professionen*, deren Kernaufgabe Ulrich Oevermann als renommierter Professionsforscher nicht von ungefähr als „stellvertretende Krisenbewältigung“ bestimmt hat (Oevermann 1997a), im Alltag derzeit noch viele Routineaufgaben anfallen, die sich mithilfe von Maschinenlösungen perspektivisch wahrscheinlich ebenfalls werden rationalisieren lassen. Als aktuelles Beispiel können Rechtsanwält*innen dienen, auf die gegenwärtig eine erhebliche Rationalisierungswelle zurollt. Routineaufgaben wie die Recherche von relevanten Gesetzestexten und früheren Gerichtsentscheidungen in Bibliotheken und Archiven lassen sich demnächst wohl mithilfe von Softwarelösungen und entsprechenden Datenbanken rationalisieren.

Die Digitalisierung führt bei den Professionen voraussichtlich zu einer zunehmenden *Verdichtung* auf die Kernaufgabe der Krisenbewältigung. Es stellt sich in der Konsequenz die grundsätzliche Frage, ob zukünftig noch die gleiche Zahl von Rechtsanwält*innen oder auch von Angehörigen anderer Professionen benötigt wird. Die Architektur liefert bereits das Beispiel einer Profession, bei der unter anderem die Verbreitung von CAD-Programmen in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Effizienzgewinne zur Folge hatte und die Arbeitsmarkt-Nachfrage nach Architekt*innen sinken ließ, sodass schon seit einiger Zeit nicht wenige Schwierigkeiten haben, eine Beschäftigung zu finden. Die Professionen sind also ein Berufsbereich, der zwar als *Berufsbild* aufgrund seiner Kernaufgabe der Krisenbewältigung sozusagen unter Bestandsschutz steht. Aber das schließt nicht aus, dass die *Zahl* der dort jeweils benötigten Personen durch die rationalisierende Verdichtung auf ihre Kernaufgabe erheblich sinken könnte.

Wir erleben aber einen Strukturwandel, der Routineaufgaben seiner Tendenz nach *grundsätzlich* bedroht, sofern sich diese standardisieren lassen und ihre Maschinisierung gesellschaftlich als lohnens- und wünschenswert erscheint. Der Strukturwandel läuft daher nicht nur bei den Professionen, sondern generell in die Richtung einer zunehmenden Verdichtung im Hinblick auf Krisenbewältigung und Kreativität. Neu entstehende Arbeitsplätze liegen zwar sicherlich nicht nur in diesem Bereich. Jedoch geraten die verbleibenden und zeitweise neu entstehenden Routinetätigkeiten, für welche Maschinenlösungen schon virulent sind oder perspektivisch vorstellbar scheinen, prinzipiell in eine prekäre Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Viele Menschen, die derzeit nur über eine geringe Berufsqualifikation für eher einfache Routinetätigkeiten verfügen und einer entsprechenden Arbeit nachgehen, aber perspektivisch auch immer mehr Menschen, die über eine höhere Qualifikation für komplexere Routinearbeit verfügen, stehen biografisch in den nächsten Jahrzehnten vor der Möglichkeit, ihren Arbeitsplatz durch die allmähliche Entfaltung der Digitalisierungspotenziale zu verlieren und sich dann entweder

- a) in Richtung von hochqualifizierten, vor allem von *krisenbewältigenden, kreativen* Berufen fortbilden zu müssen oder
- b) den Rest ihres Erwerbslebens in *Prekarität* zu verbringen, also mit perspektivisch ungewissen und womöglich nur temporären Arbeitsmöglichkeiten oder mit zeitweiser Arbeitslosigkeit.

Wie anspruchsvoll und wenig realistisch Option a) für eine große Zahl von Personen ist, die mitten in ihrem erwerbstätigen Erwachsenenleben aus einer routineartigen Berufsarbeit herausgerissen werden, erst recht, wenn diese nur eine geringe Berufsqualifikation und formale Bildung impliziert, liegt auf der Hand. Klassische „Weiterbildung“ bzw. routinehaftes „lebenslanges Lernen“ reichen dazu naturgemäß nicht aus. Denn sich im Umgang mit Aufgaben der Krisenbewältigung und Kreativität fortzubilden, impliziert genuine (muße- und krisenvermittelte, autonome) Bildungsprozesse, für die gegenwärtig die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sozialstrukturell überwiegend fehlen.

Es erscheint als Illusion, dass man solchen arbeitslos gewordenen Erwachsenen im Rahmen des fremdbestimmenden, aktivierenden Regimes der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik eine „Fortbildung“ verordnen kann, die mehr als bloße routinehafte Lernprozesse bewirkt. Für genuine „Weiterbildung“ im Sinne von autonomen, muße- und krisenvermittelten Bildungsprozessen wären nämlich Rahmenbedingungen erforderlich, die in mancherlei Hinsicht mit der *Spätadoleszenz* vergleichbar sein müssten, Bedingungen, die den betroffenen Erwachsenen ermöglichen, ihren Lebensentwurf und ihre berufliche Identität in genuinen Bildungsprozessen unter Moratoriumsbedingungen grundlegend weiterzuentwickeln. Man sollte sich diesbezüglich auch vor Augen halten, dass diese Lebensentwürfe und beruflichen Identitäten Grundlage und Kern einer intrinsischen Motivationsstruktur sind, die durch die Beschwerlichkeiten der (weiteren) Berufsarbeit trägt.

Mit dem Aufkommen der Diskussion um das „lebenslange Lernen“ ist es zum unbestrittenen Allgemeingut geworden, dass in den dynamisierten Gemeinwesen der fortgeschrittenen Moderne der *Generationenwandel* als elementarer Mechanismus der gesellschaftlichen Erneuerung, wie er von Karl Mannheim in seinem Aufsatz zum „Problem der Generationen“ aus dem Jahr 1928 analysiert wurde (Mannheim 1976), nicht mehr ausreicht, dass somit auch in der individuellen Lebensspanne jedes Bürgers, jeder Bürgerin ein biografischer Anpassungs- und Erneuerungsprozess vonnöten ist, wofür sich das Schlagwort vom „lebenslangen Lernen“ etabliert hat. Bis heute hat sich allerdings im politisch-gesellschaftlichen Diskurs die Sichtweise dominant erhalten, dass es diesbezüglich weitgehend mit routinehaften Lernprozessen getan sei. Zu wenig hat man sich meines Erachtens vor Augen geführt, wie jene genuine Bildungsprozesse aussehen und welche anspruchsvollen Voraussetzungen sie benötigen, Voraussetzungen, die im Falle der Adoleszenzkrisenbewältigung die Herausbildung von Lebensentwürfen und beruflichen Identitäten ermöglichen, welche dann eine Erwerbsbiografie motivational tragen (vgl. diesbezüglich auch Daniels u. a. 2010; Franzmann 2009; Franzmann und Jung 2012; Oevermann 2009).

Zu wenig hat man insbesondere berücksichtigt, wie unterschiedlich die strukturellen Bedingungen für genuine Bildungsprozesse zur Zeit der Adoleszenz mit ihrem Moratoriumscharakter einer „Probezeit“ (Oevermann 2009) und mitten im erwerbstätigen Erwachsenenleben als einer „Bewährungszeit“ (ebenda) sind, in der man sich trotz praktischer Verantwortlichkeiten weiterbilden soll. Sich tatsächlich in einem radikaleren

Sinne weiterentwickeln und „bilden“ kann man sich als erwachsene Person aber wohl nur, wenn man dafür auch vergleichbar privilegierte Rahmenbedingungen der zeitweisen Praxisentlastung zur Verfügung hat.

7.2. Weitere Dimensionen des Strukturwandels: Klimawandel, Krise der Globalisierung, EU-Integration, kulturelle Pluralisierung

Wie schwerwiegend diese fortbestehende Naivität im gesellschaftlichen Diskurs zum lebenslangen Lernen mittlerweile in ihren praktischen Konsequenzen ist, wird nicht nur beim Blick auf den sich beschleunigenden und enorme Ausmaße annehmenden Strukturwandel der Arbeitswelt deutlich. Das Problem erscheint noch viel größer, wenn man weitere Dimensionen des Strukturwandels in die Betrachtung hineinnimmt, welche viele Menschen bei ihrer Lebensgestaltung zusätzlich unter Transformationsdruck setzen. Ich muss mich diesbezüglich auf wenige, besonders augenfällige Dimensionen beschränken.

Da sind zunächst die gigantischen Herausforderungen des fortschreitenden *Klimawandels*. Die Dringlichkeit einer weltweit koordinierten, einschneidenden Reaktion der gesamten Menschheit auf die sich dramatisch zuspitzende Klimakrise hat sich in den letzten Jahren auf drastische Weise manifestiert. Es kann kein Zweifel bestehen, dass es die Menschheit hier mit einer weltumspannenden, epochalen Großkrise zu tun hat. Auf die enormen Herausforderungen, die sich in diesem Zusammenhang *politisch* wie *gesellschaftlich* stellen, möchte ich an dieser Stelle nicht eingehen. Dazu könnte ich persönlich wohl nicht viel Erhellendes beitragen. Für das Thema dieser Vorlesung ist jedoch relevant, dass die Bewältigung der Klimakrise auch jeden einzelnen Bürger, jede Bürgerin berührt und faktisch unter erheblichen Transformationsdruck setzt.

Eine weitere Dimension ist die Krise der „Globalisierung“. Noch zu Beginn des Jahrtausendwechsels ist die Globalisierung in der Politik vergleichsweise undifferenziert primär als etwas Positives betrachtet worden. Spätestens mit dem Scheitern verschiedener Freihandelsverträge, dem internationalen Trend zur „Re-Nationalisierung“ nach der Weltfinanzkrise von 2008, dem Brexit-Referendum Großbritanniens von 2016 und vor allem mit der Wahl von Donald Trump 2017 und seiner Politik des „America first“, schließlich auch noch durch die Corona-Pandemie, ist allerdings die bisherige Form von Globalisierung selbst auf der Ebene amtierender Regierungspolitik in eine tiefe Krise geraten.

Was ist dabei das Problem? Knapp und formelhaft ausgedrückt: Die Globalisierung im Sinne von „Vergesellschaftung“ ist sehr weit fortgeschritten, aber eine Globalisierung als „Vergemeinschaftung“, die den eigeninteressierten Vergesellschaftungsprozessen einen regulierenden, demokratisch legitimierten politischen Rahmen gäbe, der auch für Gerechtigkeit, Solidarität, Gemeinwohlorientierung und Ausgleich sorgt, ist weit dahinter zurückgeblieben (vgl. Oevermann 1997b, 1998).¹⁶ Bis zu dem krisenbildenden Fraglichwerden der bisherigen Gestalt der Globalisierung haben weder die Politik noch der Mainstream der Sozialwissenschaften den Globalisierungsprozess unter die-

¹⁶ Zur hiesigen Verwendungsweise der Begriffe „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ vgl. Franzmann u. a. 2003; Franzmann und Pawlytta 2008; Oevermann 2003, 2010.

sen beiden höchst unterschiedlichen analytischen Aspekten betrachtet. Vielmehr diskutierte man vage und undifferenziert über „Globalisierung“ und in diesem Zusammenhang auch über das angebliche „Ende des Nationalstaats“.¹⁷

Dieser Diskurs führte im Falle der Europäischen Union dazu, dass die Finalitätsperspektive der Europäischen Integration politisch wie sozialwissenschaftlich erheblich verunklart worden ist, was wiederum die Integrationspolitik diskursiv geschwächt hat. Im Hinblick auf die epochale Krise der Globalisierung ist dies kein unwesentliches Detail, repräsentiert die Europäische Integration doch das weitreichendste Modell einer potenziell krisenlösenden „Globalisierung als Vergemeinschaftung“. Sie stellt darin die herausstechendste Alternative zu der problematisch gewordenen, globalen Vergesellschaftung ohne übergeordnete politische Vergemeinschaftung dar – die Vereinten Nationen waren diesbezüglich schon immer mehr ein Versprechen als institutionalisierte Realität; sie haben zudem in den letzten Jahrzehnten international deutlich an Einfluss verloren. Um eine Alternative handelt es sich bei der Europäischen Integration allerdings nur dann, wenn sie tatsächlich in eine umfassende Institutionalisierung als politische Gemeinschaft mündet. Letzteres wäre gleichbedeutend mit einem europäischen Bundes- und Nationalstaat, in dem die früheren Nationalstaaten Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien usw. aufgehen, den Rang von politischen Nationen verlieren und fortan zu Gebilden wie Bayern, Sachsen, Hessen usw. innerhalb Deutschlands herabsinken würden. Erst als funktionierender europäischer Bundes- und Nationalstaat könnte die Europäische Union zum Modell für ähnliche Zusammenschlüsse in anderen Regionen der Welt werden, die immer mehr Länder in solch eine höher aggregierte politische Vergemeinschaftung zusammenführten.

Statt jedoch das Ziel eines europäischen Bundes- und Nationalstaats klar zu benennen und damit auch zum möglichen Gegenstand einer umfänglichen politischen Willensbildung in der Öffentlichkeit und in den betroffenen Volkssouveränen zu machen, ohne die der dafür nötige konstitutionelle Sprung nicht zustande kommen kann, hielt und hält man sich im politischen, intellektuellen wie sozialwissenschaftlichen Diskurs diesbezüglich noch immer überwiegend zurück und belässt es bei dem Formelkompromiss einer „ever closer union“.¹⁸ Dieser beschränkt sich sprachlich bezeichnenderweise bloß auf die Angabe der Richtung des Integrationsprozesses: die immer weitergehende Integration, nicht auf das Ende dieses Weges, so als ob man den Integrationspfad ewig weiter beschreiten könnte, ohne irgendwann an dessen Ende zu gelangen: die vollständig integrierte Union, d. h. der europäische Bundesstaat, der analytisch gesehen ein neu konstituierter europäischer Nationalstaat wäre. Dieses Ende ist aber nicht ohne den *konstitutionellen Sprung* eines europaweiten verfassungsgebenden Prozesses mit Referenden durch die beteiligten Volkssouveräne vorstellbar, letztlich getragen durch eine europäische Bürger*innenbewegung. Alles spricht in meinen

¹⁷ Das Problem dieses Diskurses fängt schon damit an, dass der Begriff Nationalstaat nicht analytisch im Sinne eines spezifischen, auf dem Autonomieprinzip bzw. der Volkssouveränität gründenden *Strukturmodells* der Herrschaftsorganisation verwendet wird, sondern konkretistisch mit schon existierenden Nationalstaaten gleichgesetzt wird, dies in Verbindung mit einem längst überholten *ontologisierenden* Begriffsverständnis von „Nation“ im Gegensatz zu einem *politischen* Nationenbegriff.

¹⁸ Dem entsprechen zahlreiche weitere Formelkompromisse wie „EU als Mehrebenensystem“ (z.B. Münch 2010), „EU als politisches Gebilde sui generis“ (Lietzmann 2011), „EU als supranationales Gemeinwesen“ (Habermas 2011), „EU als democracy“ (Cheneval und Schimmelfennig 2013) usw., ebenso die fragwürdige Diffamierung der analytischen Verwendung des Nationalstaatsbegriffs im Kontext der Europasozilogie als „methodologischen Nationalismus“ (Beck und Grande 2004).

Augen auch dafür, dass es eine Illusion wäre zu glauben, man könne das Ziel eines europäischen Bundesstaates gleichsam auf dem Schleichweg erreichen, indem man sich politisch-pragmatisch auf das Tagesgeschäft weiterer Integrationsschritte konzentriert, bis man dann irgendwann unmerklich in einen europäischen Bundesstaat hinübergelitten ist. Ein europäischer Bundesstaat könnte schon aus rechtlichen, aber auch aus politischen Gründen nur entstehen, wenn er *explizit* anvisiert, Gegenstand eines Willensbildungsprozesses und schließlich durch einen verfassungsgebenden Prozess mit Volksabstimmungen legitimiert werden würde. Solange daher das Ziel politisch wie intellektuell nicht explizit im Diskurs formuliert und in den betroffenen Volkssouveränen zur Diskussion gestellt wird, läuft dies auf die Vereitelung der Möglichkeit der Zielerreichung schon im Keim hinaus.

Da die Vollendung der Europäischen Integration – und damit der erste große institutionelle Teilerfolg nach dem Modell einer „Globalisierung als Vergemeinschaftung“ – nicht ohne breite Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger aus bereitwilligen EU-Mitgliedsstaaten gelingen kann, sind alle diese Menschen gleichermaßen zu entsprechenden Prozessen der Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung herausgefordert, soll in der epochalen Krise der Globalisierung ein substanzieller Schritt zu ihrer Lösung gelingen. Diese Prozesse aber würden grundsätzliche Fragen der staatsbürgerrechtlichen Identität, Sesshaftigkeit, politischen Zugehörigkeit, kulturellen Wertbindung, Bereitschaft zur kulturellen Pluralität usw. berühren.¹⁹

Eine weitere Dimension des Strukturwandels liegt in den – weltweit stark angewachsenen – Migrationsprozessen und vor allem in den daraus resultierenden Herausforderungen der Integration und kulturellen Pluralisierung. Letztere erscheint nicht nur aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive in erster Linie als Reichtum, als Chance und Anlass zu kulturellen Synthesebildungen, welche die Vielfalt kultureller Einflüsse in ihren jeweiligen Stärken in einer *universalistischeren Gesamtgestalt* zusammenführen. Das Problem ist allerdings, dass diese Syntheseleistungen wiederum allen Bürgerinnen und Bürgern – Eingewanderten wie Ansässigen – erhebliches abverlangen. Auch auf diesem Gebiet reicht es nicht aus, sich auf routinemäßige Lernprozesse zu beschränken, um mit dem kulturellen Wandel schrittzuhalten.²⁰ Sollen die Bürgerinnen und Bürger in diesem Wandel nicht den Anschluss verlieren, sollen sie nicht Gefahr laufen, in ihren Gemeinwesen in kultureller Hinsicht innerlich „heimatlos“ zu werden, müssen sie sich auf unbedrängte, angstfreie, wenn man so will spielerische Art und Weise über die erwachsene Lebensspanne hinweg mit diesem Wandel auseinandersetzen können. Das heißt,

¹⁹ Die Herausforderungen beschränken sich jedoch nicht allein auf die Willensbildung und Entscheidungsfindung im Vorfeld eines solchen konstitutionellen Schritts. Auch danach dürften über Jahre hin weitere Auseinandersetzungsprozesse zu erbringen sein, wenn es nach der Konstitution eines europäischen Bundesstaates darum ginge, die heterogenen staatlichen Regelungen der bisherigen EU-Mitgliedsstaaten, die sicherlich zu einem Teil mit Übergangsregelungen erst einmal fortbestehen müssten, allmählich auf gelungene Weise zusammenzuführen. Es stünden also vielfältige Prozesse der „Synthesebildung“ bevor, verbunden mit einem umfassenden, europaweiten Kommunikationsprozess auch unter Bürger*innen. Dies böte zwar enorme Chancen, zu deutlich universalistischeren Regelungen zu gelangen, weil bei einem solchen Prozess die historisch gewachsenen Traditionen der Mitgliedsländer, welche zahlreiche partikularistische Elemente enthalten, auf den Prüfstand müssten, und die Chance für Kompromisse lägen dabei vor allem bei universalistischeren Synthesen. Aber dies würde allen betroffenen Menschen einiges an Auseinandersetzung abverlangen, sodass sich auch von hierher die Frage nach den praktischen Rahmenbedingungen und sozialstrukturellen Voraussetzungen der dazu nötigen genuinen Bildungsprozesse stellte.

²⁰ Dieser ergibt sich dabei teilweise auch schon *endogen*, durch veränderte gesellschaftliche Problemlagen, sich weiterentwickelnde Diskurse und neu bildende historische Generationen (vgl. diesbezüglich Franzmann 2009; Gärtner 2007; Oevermann 2001, 2009).

sie müssen ausgiebig die Möglichkeit zu genuinen, muevermittelten, Neugier geleiteten, autonomen Bildungsprozessen haben. Nur so können sie sich das gesellschaftlich Neue *aneignen*. Von außen aufgezwungene, bloße *Anpassungsreaktionen* gehen im Gegensatz dazu mit innerer Entfremdung einher, die sich auf irgendwelchen Wegen dann auch Ausdruck verschafft.

8. Krisenphänomene

Ich habe den Eindruck, dass sich bereits eine Reihe handfester Krisenphänomene beobachten lässt, die auf eine solche innere Entfremdung und Überforderung von Teilen der Bevölkerung angesichts des wachsenden biografischen Transformationsdrucks hindeuten. Teile der Trump-Wählerschaft sind hier nur das krassste Beispiel. Denn auch in unseren europäischen Gemeinwesen wird seit Jahren eine eigentümliche, wachsende Gereiztheit, Bereitschaft zu Ressentiments und Hass, Maßlosigkeit der Kritik und Ablehnungshaltung gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen in Teilen der Bevölkerung beklagt, die zum Teil auch an den Grundlagen der Demokratie rüttelt.

Erinnern wir uns daran, was die Hauptthemen der rechtspopulistischen Partei „Alternative für Deutschland („AfD“) in ihren bisherigen Politikkampagnen waren. Gegründet wurde sie im Jahr 2013, also direkt nach dem Höhepunkt der sogenannten „Eurokrise“ im Jahr 2012, und zwar ausdrücklich als „Alternative“ zu einer Politik der immer weiter fortschreitenden EU-Integration („ever closer union“). Das zweite große Thema war dann ab 2015 die sogenannte „Flüchtlingskrise“ und die Einwanderung aus vermeintlich stark Kultur-differenten Herkunftsländern. Zu Beginn des Jahres 2020 machte sich die AfD schließlich in der sich entwickelnden Corona-Pandemie zum Sprachrohr der Corona-Skeptiker und -leugner. Alle drei Themen stehen für einschneidende gesellschaftliche Transformationen, die die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Lebensführung, ihren Identittsentwrfen und im Falle der Pandemie sogar in ihren Bürger*innenrechten betreffen und ihnen erhebliche Auseinandersetzungsprozesse abverlangen.

Grundsätzlich betrachtet ist es normal und keineswegs neu, dass Teile der Bevölkerung wie auch der Politik in solchen Transformationen konservativen Widerstand gegenüber virulenten Veränderungen an den Tag legen. Dies kann zudem die wichtige Funktion erfüllen, im gesellschaftlichen Diskurs sicherzustellen, dass die Kräfte des Fortschritts ihre Vorhaben tatsächlich gut begründen und das bewährte Alte nicht vorschnell-fahrlässig preisgeben. Allerdings kennzeichnet die rechtspopulistischen Phänomene der Gegenwart ein ungewöhnlich ausgeprägtes Maß an Bereitschaft zu Hass, Hetze, Lgen, Realittsverleugnung, Gewalt, usw., sodass man nur noch eingeschränkt, wenn überhaupt, von einem fruchtbaren kommunikativen Beitrag im gesellschaftlichen Diskurs über anstehende Fragen der Transformation sprechen kann. Dafür sind diese Beiträge oft zu destruktiv und zu wenig der Wahrhaftigkeit verpflichtet. Sie tragen stattdessen ausgeprägte Züge einer Sozialpathologie.

Frappierende Ausmaße hat sie in den USA bei vielen Trump-Anhänger*innen erreicht. Die Ergebnisse der dortigen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 haben gezeigt, dass die Trump-Anhängerschaft überwiegend in ländlichen Regionen und in den alten Industrievierteln („rust belt“) zu finden ist, wo insbesondere „weiße“ Amerikaner*innen ohne Hochschulbildung dazu zählen. Besonders diese Gruppe hat in den letzten zwanzig Jahren durch die Digitalisierung, die Rationalisierung der Fabrikproduktion, die Konkurrenz von billig produzierten Waren aus China und anderen Ländern usw. einen

deutlichen Abstieg erfahren, dessen sozialpathologische Folgen sich nicht zuletzt in einem erheblichen Anstieg der Zahl von „deaths of despair“ (Case und Deaton 2020) äußern, also von „Toden infolge von Verzweiflung“ (konkret: von übermäßigem Alkoholkonsum, Drogenkonsum und Selbstmorden), wie dies Anne Case und Angus Deaton (Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften von 2015) in ihrem gleichnamigen Buch zusammengefasst haben.

Die beiden Wissenschaftler*innen der Princeton-University arbeiten darin heraus, dass der krisenindizierende Anstieg der Sterblichkeit bei der Gruppe der Weißen ohne Hochschulbildung („non-Hispanic white Americans without a four-year degree“) gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen singulär heraussticht. Bei Letzteren ist die Sterblichkeit nämlich statistisch weiter zurückgegangen, auch bei der Gruppe der Weißen mit Hochschulbildung. Die beiden Wirtschaftswissenschaftler*innen weisen darauf hin, dass es der schwarzen Bevölkerung (die von dem Strukturwandel ebenso betroffen ist) im statistischen Durchschnitt sozioökonomisch noch schlechter geht, aber dass sich diese im Unterschied zu den „weißen“ Amerikaner*innen ohne Hochschulbildung seit Längerem in einem kontinuierlichen Aufwärtstrend befindet, von einem deutlich niedrigeren Ausgangsniveau. Daraus resultiert zumindest der Vorteil einer optimistischeren Zukunftsaussicht, wohingegen viele Weiße ohne Hochschulbildung der Zukunft mit wenig Hoffnung entgegenzusehen scheinen. Lange Zeit hat die amerikanische Politik – inklusive der demokratischen Partei, die sich traditionell für Arbeiterinteressen zuständig fühlt – dieser Entwicklung weitgehend tatenlos zugesehen und damit den Resonanzboden für das rechtspopulistische Politikangebot Donald Trumps entstehen lassen. Trump hat dann vorwiegend auf eine Politik gesetzt, die sich populistisch-destruktiv gegen das entsprechend verhasste Politik-Establishment Washingtons richtete und diesbezügliche Ressentiments seiner Wähler*innen bediente, statt die Strukturprobleme konstruktiv anzugehen.

Der vom Ehepaar Obama geförderte Dokumentarfilm „American Factory“ (Regie: Steven Bognar & Julia Reichert) zeigt die Probleme der Facharbeiter*innenschaft und von Arbeitskräften mit geringerer Berufsqualifikation innerhalb des aktuellen Strukturwandels der USA exemplarisch anhand der Belegschaft der ehemaligen General Motors Fabrik in Moraine, nahe Dayton in Ohio. Die Fabrik musste 2015 schließen. Zunächst arbeitslos fanden Viele zunächst bei der chinesischen Autoglas-Firma Fuyao erneute Anstellung, welche die ehemalige Auto-Fabrik übernahm und Teile der alten Belegschaft zu einem Bruchteil des früheren Arbeitslohns neu anstellte. Besser als arbeitslos zu sein, sagten sich viele dieser Amerikaner*innen und ließen sich darauf ein. Der Dokumentarfilm zeigt, wie sich diese Arbeitskräfte fortan darum bemühten, mit den chinesischen Vorgesetzten klarzukommen, die die Firma leiteten. Dennoch prallten unvermeidlich kulturelle Unterschiede aufeinander. Das chinesische Management zeigte sich zunehmend von der (aus ihrer Sicht existierenden) Anspruchshaltung amerikanischer Arbeitskräfte genervt, die aus ihrer Sicht nicht arbeitsam genug seien, sodass sie diesen die unterwürfig-arbeitsame Arbeitskultur von Arbeitskräften in China anempfahlen. Die amerikanischen Arbeitskräfte versuchten damit durchaus pragmatisch umzugehen und den Wünschen des chinesischen Managements, soweit es ihnen tragbar schien, entgegenzukommen, obwohl sie wussten, dass sie mitten in ihrer amerikanischen Heimat (!) von ihrem Management in dem Geist und mit der Kultur eines Landes geführt wurden, das in vielerlei Hinsicht weniger entwickelt ist als die USA, nicht zuletzt in puncto Arbeitnehmer*innenrechten, Mitbestimmung und demokratischer Kultur. Am

Ende der dreijährigen Zeit, die der Dokumentarfilm darstellt, konnte dieses pragmatische Bemühen aber dann doch nicht verhindern, dass Viele erneut entlassen wurden, weil sich das chinesische Management in der Zwischenzeit angesichts der kulturellen Konflikte dazu entschlossen hatte, fortan so weit wie möglich auf neue, smarte Roboter zu setzen.

In den letzten Jahren machte in den USA eine Erhebung der amerikanischen Zentralbank von sich reden, der zufolge im Jahr 2018 fast 40 Prozent der Amerikaner*innen angaben, nicht über ausreichende eigene Zahlungsmittel zu verfügen, um sich eine ungeplante einmalige Zusatzausgabe von 400 Dollar leisten zu können (Federal Reserve 2019; Gabler 2016). Das Datum ist nur eines von vielen Hinweisen darauf, dass der existenzielle Druck, als Erwerbstätige/r von Monat zu Monat über die Runden kommen zu müssen, weitverbreitet ist, weil die Sparguthaben gering sind, die individuelle Verschuldung oft hoch, die Krankenversicherung bei einer Entlassung auf dem Spiel steht (die ohnehin nicht selten ungenügend ausfällt) und die sozialstaatliche Unterstützung deutlich schwächer ausfällt ist als in Deutschland.

Dieses hohe Maß an existenzieller Unsicherheit ist in den USA für sich genommen auch nichts Neues. So hat der Politikwissenschaftler Ronald Inglehart diesen Umstand unter anderem zur Aufklärung der Gründe für die in den USA im Vergleich zu anderen modernen Ländern traditionell starke Religiosität herangezogen (Inglehart 2004; Inglehart und Norris 2007). Seinen Untersuchungen zufolge gibt es einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen existenzieller Unsicherheit und der Stärke der Religiosität. Beides variiert innerhalb der USA zwischen den Regionen und Bevölkerungsgruppen erheblich. Tatsächlich spricht vieles dafür, dass insbesondere rigide und ideologisch starre Formen von Religiosität mit einer Lebenssituation in Verbindung zu bringen sind, die durch ein hohes Maß an existenzieller Unsicherheit geprägt ist, Lebensumstände, die dem Subjekt wenig Spielraum zu autonomer Reflexion und Bildung lassen, sowie kehrseitig einen existenziellen Bedarf nach eindeutigen, leicht verständlichen Handlungsorientierungen erzeugen, die von vertrauenserweckenden geistlichen Lehrautoritäten offeriert wird und den Weg aus der existenziellen Not und zum „Heil“ mit hoher Gewissheit verspricht (vgl. dazu auch Franzmann 2015).

Neu ist, dass die traditionell ausgeprägten Zonen existenzieller Unsicherheit in der Sozialstruktur der USA mittlerweile auf einen enorm beschleunigten und umfassenden Strukturwandel treffen, sodass es immer mehr als Notwendigkeit erscheint, allen Bürgerinnen und Bürgern zukünftig die Möglichkeit zu genuinen, mußvermittelten, autonomen Bildungsprozessen über die gesamte erwachsene Lebensspanne hinweg zu ermöglichen. Andernfalls droht der Strukturwandel die schon manifest gewordenen Sozialpathologien wohl noch zu verschärfen. Gerade in den USA mit ihrer spezifischen Kultur- und Religionsgeschichte einer Arbeitsethik und Selbstverantwortlichkeit ohne starken Sozialstaat, aus der sich die verbreitete existenzielle Unsicherheit kulturgeschichtlich erklärt, stellt sich dieses Problem auf besonders drastische Weise. Daher erscheint es wohl auch nicht als ein Zufall, dass dieses Land nach längerer Abstinenz in kürzester Zeit zur Avantgarde der Grundeinkommensdebatte aufgeschlossen hat und auf dem Weg scheint, sich darin mit an die Spitze zu setzen. Es hatte diese Rolle wie

erwähnt in den 1960er-Jahren schon einmal, in denen weltweit zum ersten Mal eine breitere gesellschaftliche Debatte zu dieser Reformidee stattfand.²¹

9. Schlussbemerkung

Zwar gibt es in Deutschland nicht die Kulturtradition, die in den USA schon seit Langem dafür sorgt, dass es ausgeprägte Zonen existenzieller Unsicherheit in der Gesellschaft gibt und diese auch hingenommen werden. Unabhängig davon hat allerdings der Strukturwandel der Arbeitswelt auch aus sich heraus einen ausgeprägten Trend zur „Prekarisierung“ erzeugt (vgl. zum Beispiel Castel 2009; Castel und Dörre 2009; Hepp u. a. 2016; Kieselbach und Mannila 2011; Vogel 2009), sodass in vielen modernen Industrienationen die existenzielle Unsicherheit seit Jahrzehnten zunimmt. In Europa und Deutschland sitzen wir daher, was den allgemeinen Trend anbelangt, grundsätzlich im gleichen Boot wie die USA, wenn auch in unterschiedlicher und in unterschiedlich starker Ausprägung.

Die durch den Prekarisierungstrend entstandene existenzielle Unsicherheit unterscheidet sich zwar zum Teil dimensional von derjenigen, die in den USA traditionell ausgeprägt ist. Denn sie entsteht auch in Gemeinwesen, die weiterhin ein deutlich inklusiveres Gesundheitssystem auf gutem Niveau haben, eine stärkere Absicherung bei Arbeitslosigkeit u.a.m. Aber im Hinblick auf die Verhinderung von müßevermittelter genuiner Bildung spielt es erst einmal keine Rolle, über welche *Dimension* existenzielle Unsicherheit entsteht: Rechtsunsicherheit, Unsicherheit des Lebensunterhalts, Unsicherheit der Gesundheitsversorgung, fehlende oder bedrohte Teilhabe am Normalitätsestwurf der Arbeitsgesellschaft, u. a. Letzteres bringt auch in Ländern mit ausgeprägter Sozialstaatstradition Arbeitslose trotz finanzieller Grundsicherung in eine Lage der existenziellen Unsicherheit, weil Arbeitslosigkeit normativ als Ausnahmezustand institutionalisiert ist, in dem man nicht sesshaft werden darf, den man nicht positivieren kann, für den es keine soziale Anerkennung gibt und der dementsprechend psychisch belastend ist. Aber auch diejenigen mit Erwerbsarbeit, deren Berufsaussichten aufgrund ihrer routinebezogenen Berufstätigkeit und -qualifikation zunehmend von den Möglichkeiten der Digitalisierung und Rationalisierung überschattet werden, geraten unter existenziellen Druck und in einen prekären Zustand ihrer Erwerbsexistenz, zu der Arbeitslosigkeit als präsente, potenziell angstmachende Möglichkeit hinzugehört.

Abgesehen davon impliziert die Erfahrung der Existenz einer Möglichkeit zur Maschinisierung bei einer derzeit noch durch Menschen ausgeführten Arbeit eine *Entwertung* ihres Sinnstiftungspotenzials – ein Aspekt, der von vielen Anhänger*innen der klassischen Arbeitsgesellschaft, besonders in der Sozialdemokratie, notorisch übersehen wird. Jene aktivierende Arbeitsmarktpolitik, die in den letzten Jahrzehnten explizit nach dem Workfare-Grundsatz vorgegangen ist: „lieber Arbeit als Arbeitslosigkeit finanzieren“, hat – gegenläufig zu der oft damit verbundenen „neoliberal“-marktorientierten Rhetorik – einen enormen Subventionstatbestand neu geschaffen, dadurch dass das zum Leben ausreichende Arbeitseinkommen von „working poor“ vonseiten des Sta-

²¹ Diese Debatte hat dabei in intellektueller Hinsicht stark an Diskussionen unter Intellektuellen zur Grundeinkommensidee in Großbritannien in den Jahrzehnten davor angeknüpft.

tes auf das Grundsicherungsniveau aufgestockt und somit deren lebendige menschliche Arbeitskraft gegenüber der Konkurrenz durch Maschinen finanziell subventioniert wird. Kehrseite dieser Politik ist, dass das sinnstiftende Potenzial dieser subventionierten Form von Arbeit, auf das man sich dabei dennoch häufig beruft, sinkt und für die Betroffenen in Gestalt der Aufstockungszahlung des Staates auch handgreiflich erfahrbar wird. Nicht zu vergessen ist, dass Arbeitslose dabei zum Teil gegen ihren Willen, mit Sanktionsdrohungen, in solche staatlich subventionierte Arbeit getrieben werden. Für die Betroffenen ist die Erosion des Sinnstiftungspotenzials solcher Arbeit auch in anderen Hinsichten in der alltäglichen Erfahrungswelt sehr präsent und oft nur zu offensichtlich (vgl. dazu Graeber 2019, vgl. diesbezüglich für den Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung z. B. Bauer u. a. 2016).

In welcher Dimension auch immer, existenzielle Unsicherheit zerstört per se Muße und Möglichkeiten zu genuiner Bildung. Sie bindet die betroffenen Subjekte in ihrer Lebenspraxis in existenzieller Hinsicht und hält sie darüber vermittelt von autonomen, durch müßige Krisen vermittelten, angstfreien und perspektivisch autonomisierenden Bildungsprozessen ab.

Das Problem ist aber nicht allein, dass die wachsende Prekarisierung, die mit dem aktuellen Strukturwandel der Arbeitswelt einhergeht, genuine Bildung erschwert. Gegenläufig dazu nehmen auch, wie deutlich geworden sein sollte, die Herausforderungen an die biografische Gestaltung der Bürger*innen stark zu. Der gleiche Strukturwandel, der also zukünftig eigentlich sehr viel bessere Möglichkeiten zu genuiner Bildung über die Lebensspanne als bisher erforderte, führt in seiner gegenwärtigen Form eher in die gegenteilige Richtung einer zusätzlichen Beschränkung der Möglichkeiten genuiner Bildung (vgl. diesbezüglich auch Haubl 2009; Haubl u. a. 2013).

Dies ist nicht zuletzt ein erhebliches Problem für die Demokratie. Diese gründet auf der *Autonomie* der Bürger*innen und wird durch diese getragen. Autonomie ist aber ohne genuine Bildung nicht substanziell, sodass auch gilt, dass Demokratie auf genuine Bildung angewiesen ist. Sollte eine wachsende Zahl von Menschen im beschleunigten Strukturwandel das Gefühl bekommen, sich diesem nur noch fremdbestimmt anpassen und unterwerfen zu können, ohne über Möglichkeiten zur selbstbestimmten, bildenden Aneignung und darüber vermittelt dann auch zur substanziellen Mitgestaltung zu verfügen, erodieren die Grundlagen, auf denen die Demokratie ruht.

Jene Trump-Wähler*innen, die das radikal-libertäre Autonomieverständnis einer amerikanischen Basisdemokratie, welche übergeordneten bundesstaatlichen Strukturen und Regulierungen eher skeptisch oder direkt ablehnend gegenüber steht, vor sich hertragen, aber zugleich in atemberaubendem Ausmaß auf durchschaubare Verschwörungstheorien, Lügen und Desinformationskampagnen hereinfliegen und zu den hierbei offensichtlich untergründig beteiligten eigenen Frustrations- und Hassgefühlen keine reflexive Distanz finden, sind eine Mahnung daran, wie wenig substanziell die Autonomie der Bürger*innen ohne genuine Bildung ist. Letztere ist auf Bedingungen der existenziellen Sicherheit *in allen ihren Dimensionen* angewiesen, letztlich auf „Muße“ als dem Inbegriff einer selbstbestimmten Praxis, in der Subjekte existenziell unbedrängt sind und sich angstfrei-selbstbestimmt mit Veränderungen der Gesellschaft und ihres eigenen Lebens auseinandersetzen können.

Erwähnte Literatur:

- Alheit, Peter; Dausien, Bettina (2002): „Bildungsprozesse über die Lebensspanne und lebenslanges Lernen“. In: *Handbuch Bildungsforschung*. Springer S. 565–585.
- Alheit, Peter; von Felden, Heide (Hrsg.) (2009): *Lebenslanges Lernen und erziehungswissenschaftliche Biographieforschung: Konzepte und Forschung im europäischen Diskurs*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Arendt, Hannah (1960): *Vita activa oder vom tätigen Leben*. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Bárány, Zsófia L.; Siegel, Christian (2018): „Job polarization and structural change“. In: *American Economic Journal: Macroeconomics*. 10 (1), S. 57–89.
- Bauer, Frank; Franzmann, Manuel; Fuchs, Philipp; u. a. (2011a): *Implementationsanalyse zu § 16e SGB II in Nordrhein-Westfalen Teil I. Aneignungsweisen und Umsetzungsformen der „JobPerspektive“*. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Nordrhein-Westfalen).
- Bauer, Frank; Franzmann, Manuel; Fuchs, Philipp; u. a. (2011b): *Implementationsanalyse zu § 16e SGB II in Nordrhein-Westfalen Teil II: Erfahrungen der Geförderten*. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Nordrhein-Westfalen).
- Bauer, Frank; Franzmann, Manuel; Fuchs, Philipp; u. a. (2016): „Simulierte Normalität in (dauerhaft) geförderter Arbeit“. In: Garstenauer, Therese; Hübel, Thomas; Löffler, Klara (Hrsg.) *Arbeit im Lebenslauf. Verhandlungen von (erwerbs-)biographischer Normalität*. Bielefeld: Transcript Verlag, S. 155–68.
- Beck, Ulrich; Grande, Edgar (2004): *Das kosmopolitische Europa: Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bix, Amy Sue (2000): *Inventing Ourselves Out of Jobs? America's Debate Over Technological Unemployment, 1929-1981*. Baltimore, Md: Johns Hopkins University Press (Studies in industry and society).
- Bonin, Holger; Gregory, Terry; Zierahn, Ulrich (2015): Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland. Mannheim: ZEW Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (Kurzexpertise Nr. 57). URL: <http://hdl.handle.net/10419/123310>
- Bonington, Chris (2000): *Triumph in Fels und Eis. Die Geschichte des Alpinismus*. Stuttgart: Pietsch.
- Bowles, Jeremy (2014): „The computerisation of European jobs“. (Improving economic policy) In: Bruegel-Website, abgerufen am 28.1.2021, URL: <https://www.bruegel.org/2014/07/the-computerisation-of-european-jobs/>
- Bruun, Edvard P.G.; Duka, Alban (2018): „Artificial Intelligence, Jobs and the Future of Work: Racing with the Machines“. In: *Basic Income Studies*. 13 (2).

- Brynjolfsson, Erik; McAfee, Andrew (2011): *Race Against The Machine: How the Digital Revolution is Accelerating Innovation, Driving Productivity, and Irreversibly Transforming Employment and the Economy*. Lexington, Massachusetts: Digital Frontier Press.
- Brynjolfsson, Erik; McAfee, Andrew (2014): *The Second Machine Age. Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird*. Kulmbach: Plassen Verlag.
- Buyst, Erik; Goos, Maarten; Salomons, Anna (2018): „Job polarization: an historical perspective“. In: *Oxford Review of Economic Policy*. Oxford University Press UK 34 (3), S. 461–474.
- Case, Anne; Deaton, Angus (2020): *Deaths of despair and the future of capitalism*. Princeton and Oxford: Princeton University Press.
- Castel, Robert (2009): „Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit“. In: Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hrsg.) *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt M., New York: Campus, S. 21–34.
- Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hrsg.) (2009): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt M.; New York: Campus-Verl.
- Cheneval, Francis; Schimmelfennig, Frank (2013): „The Case for Democracy in the European Union“. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies*. 51 (2), S. 334–350.
- Dahrendorf, Ralf (1980): „Im Verschwinden der Arbeitsgesellschaft: Wandlungen in der sozialen Umstrukturierung des Lebens“. In: *Merkur*. 34 (8), S. 749–760.
- Daniels, Eva; Franzmann, Manuel; Jung, Matthias (2010): „Die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ in Interviews mit Adoleszenten. Welche Auswirkungen hätte ein bedingungsloses Grundeinkommen auf ihr Leben?“. In: Franzmann, Manuel (Hrsg.) *Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, S. 167–196.
- Delors, Jacques (1996): „Learning: The Treasure within. Report to UNESCO of the International Commission on Education for the twenty-first-Century, Paris UNESCO 1996“. In: *Internationales Jahrbuch der Erwachsenenbildung*. Böhlau Verlag GmbH & CIE. 24 (1), S. 253–258.
- Dengler, Katharina; Matthes, Britta (2015): *Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt. Substituierbarkeitspotenziale von Berufen in Deutschland*. (Forschungsbericht Nr. 11/2015) Nürnberg: IAB Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB Forschungsbericht. Aktuelle Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung).
- Dewe, Bernd; Weber, Peter J. (2007): *Wissensgesellschaft und lebenslanges Lernen: Eine Einführung in bildungspolitische Konzeptionen der EU*. Julius Klinkhardt.
- Europäische Union (1995): *Beschluss Nr. 95/2493/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 1995 über die Veranstaltung eines Europäischen Jahres des lebensbegleitenden Lernens (1996)*.
- FAZ (2020): „'Kaum ein Beruf ist vollständig automatisierbar'“. *FAZ.NET*. 21.8.2020.

- Federal Reserve (2019): „Report on the Economic Well-Being of U.S. Households in 2018 - May 2019“. Board of Governors of the Federal Reserve System. Abgerufen am 20.01.2021 von <https://www.federalreserve.gov/publications/2019-economic-well-being-of-us-households-in-2018-dealing-with-unexpected-expenses.htm>
- Franzmann, Andreas (2009): „Die gegenwärtige Adoleszentenkohorte. Arbeits- und Ergebnisbericht zum Teilprojekt ‚Praxis als Erzeugungsquelle von Wissen‘“. In: Fried, Johannes (Hrsg.) *Abschlussbericht des Forschungskollegs „Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel“ (SFB 435)*. Frankfurt am Main: Goethe-Universität.
- Franzmann, Manuel (2010): „Einleitung. Kulturelle Abwehrformationen gegen die »Krise der Arbeitsgesellschaft« und ihre Lösung: Die Demokratisierung der geistesaristokratischen Muße“. In: Franzmann, Manuel (Hrsg.) *Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, S. 11–103.
- Franzmann, Manuel (2015): „Zur Theorie des Zusammenhangs von existenzieller Sicherheit und Säkularisierung bei Pippa Norris und Ronald Inglehart. Anmerkungen aus Sicht einer fallanalytischen Säkularisierungsforschung“. In: Lessenich, Stephan (Hrsg.) *Verhandlungen der Kongresse der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Band 37*. S. 674–681.
- Franzmann, Manuel (2017): *Säkularisierter Glaube. Fallrekonstruktionen zur fortgeschrittenen Säkularisierung des Subjekts*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Franzmann, Manuel (2020): *Demokratisierung der Muße? Das bedingungslose Grundeinkommen aus bildungstheoretischer Sicht*. Kiel: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. URL: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:8-mods-2020-00010-1>
- Franzmann, Manuel; Jung, Matthias (2012): „»Nix Isch-AG«. Über einen jungen Kurden ohne Schulabschluss aus einer traditionellen türkischen Einwandererfamilie, der sein Leben als »Jackpot« begreift“. In: Mansel, Jürgen; Speck, Karsten (Hrsg.) *Jugend und Arbeit. Empirische Bestandsaufnahmen und Analysen*. Weinheim: Beltz Juventa (Reihe Jugendforschung).
- Franzmann, Manuel; Liebermann, Sascha; Pawlytta, Christian (2003): „Die Solidarität der Bürger. Zur Bestimmung des Zusammenhangs von Solidarität und politischer Vergemeinschaftung“. In: Allmendinger, Jutta (Hrsg.) *Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002. Beiträge aus Arbeitsgruppen, Sektionssitzungen und den Ad-hoc-Gruppen (CD-ROM)*. CD-ROM. Opladen: Leske+Budrich.
- Franzmann, Manuel; Pawlytta, Christian (2008): *Gemeinwohl in der Krise? Fallanalysen zur alltäglichen Solidaritätsbereitschaft*. Frankfurt am Main: Humanities Online (Forschungsbeiträge aus der Objektiven Hermeneutik, Bd. 10).
- Frey, Carl Benedikt (2019): *The Technology Trap: Capital, Labor, and Power in the Age of Automation*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Frey, Carl Benedikt; Osborne, Michael A. (2013): *The Future of Employment: How Susceptible are Jobs to Computerisation?* (Working Paper) Oxford: Oxford Martin

- Programme on the Impacts of Future Technology. URL: http://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The_Future_of_Employment.pdf (Heruntergeladen am 28.1.2014)
- Friedman, Milton (1962): *Capitalism and Freedom*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Gabler, Neal (2016): „The Secret Shame of Middle-Class Americans“. *The Atlantic*. Mai 2016. URL: <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2016/05/my-secret-shame/476415/>
- Gärtner, Christel (2007): „Generationenspezifische Bewährungsmythen und Habitusformationen. Ein Beitrag zur Validierung eines Modells der Formation historischer Generationen, durchgeführt an Fallbeispielen der Geburtsjahrgänge von 1918 bis 1935 in Deutschland“. (Habilitationsschrift) Frankfurt am Main: Goethe-Universität.
- Gimmel, Jochen; Kelling, Tobias; Bauer, Joachim (2016): *Konzepte der Muße*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Goos, Maarten; Manning, Alan; Salomons, Anna (2014): „Explaining job polarization: Routine-biased technological change and offshoring“. In: *American economic review*. 104 (8), S. 2509–26.
- Graeber, David (2019): *Bullshit jobs: a theory*. London: Penguin Books.
- Grupp, Peter (2008): *Faszination Berg. Die Geschichte des Alpinismus*. Köln: Böhlau.
- Habermas, Jürgen (2011): *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Hasebrink, Burkhard; Riedl, Peter Philipp (2014): „Einleitung“. In: Hasebrink, Burkhard; Riedl, Peter Philipp (Hrsg.) *Muße im kulturellen Wandel: Semantisierungen, Ähnlichkeiten, Umbesetzungen*. Berlin: De Gruyter, S. 1–11.
- Haubl, Rolf (Hrsg.) (2009): *Riskante Kindheit: Psychoanalyse und Bildungsprozesse*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Schriften des Sigmund-Freud-Instituts. Reihe 3, Psychoanalytische Sozialpsychologie).
- Haubl, Rolf; Hausinger, Brigitte; Voß, G. Günter (2013): *Riskante Arbeitswelten: Zu den Auswirkungen moderner Beschäftigungsverhältnisse auf die psychische Gesundheit und die Arbeitsqualität*. 1. Aufl. Frankfurt/M.: Campus Verlag.
- Hausman, Jerry A.; Wise, David A.; National Bureau of Economic Research (Hrsg.) (1985): *Social Experimentation*. Chicago: University of Chicago Press (A Conference report / National Bureau of Economic Research).
- Hepp, Rolf; Riesinger, Robert; Kergel, David (Hrsg.) (2016): *Verunsicherte Gesellschaft: Prekarisierung auf dem Weg in das Zentrum*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Hof, Christiane (2009): *Lebenslanges Lernen: Eine Einführung*. W. Kohlhammer Verlag.
- Houlding, Leo (2001): „Reise in einen ruhigeren Gemütszustand“. In: *Stimmen vom Gipfel. Zur Zukunft des Alpinismus*. Hamburg: Gruner+Jahr.
- Holzkamp, Klaus (1995): *Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung*. Frankfurt M., New York: Campus.
- Humboldt, Wilhelm von (1988): *Gesammelte Werke*. Berlin: Walter de Gruyter.

- Inglehart, Ronald (2004): „Why Didn't Religion Disappear? Re-examining the Secularization Thesis“. In: *WZB-Mitteilungen*. (105), S. 7–10.
- Inglehart, Ronald; Norris, Pippa (2007): „Why Didn't Religion Disappear? Re-examining the Secularization Thesis“. In: Anheier, Helmut; Isar, Yudhishtir Raj (Hrsg.) *Conflicts and Tensions*. London: Sage (The Cultures and Globalization Series), S. 253–257.
- ISÖ – Institut für Sozialökologie (2019): *Zukunftslabor Schleswig-Holstein. Demographie und Digitalisierung*. (Nr. ISÖ-Text 2019-1) ISÖ – Institut für Sozialökologie (ISÖ-Text). URL: <https://www.isoe.org/veroeffentlichungen/isoe-text/michael-opielka-hrsg-zukunftslabor-schleswig-holstein-demographie-und-digitalisierung-zlabsh-isoe-text-2019-1/>
- Kade, Jochen; Seitter, Wolfgang (2013): *Lebenslanges Lernen Mögliche Bildungswelten: Erwachsenenbildung, Biographie und Alltag*. Springer-Verlag.
- Keynes, John Maynard (2010): „Economic possibilities for our grandchildren“. In: *Essays in persuasion*. Springer, S. 321–332.
- Kieselbach, T. (2007): „Arbeitslosigkeit, soziale Exklusion und Gesundheit: Zur Notwendigkeit eines sozialen Geleitschutzes in beruflichen Transitionen“. In: *Gesundheit Berlin (Hrsg.): Dokumentation*. 12, S. 1–35.
- Kieselbach, Thomas; Mannila, S. (2011): *Persistent unemployment and precarious work: Research and policy issues*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Psychologie sozialer Ungleichheit, Vol. 15).
- King, Martin Luther (1967): *Where Do We Go from Here: Chaos or Community?* New York: Harper & Row.
- Klein, Ina (2017): *Supranationale Leadership: Die Europäische Kommission im Diskurs um lebenslanges Lernen*. Wiesbaden: Springer VS (Forschungen zur Europäischen Integration).
- Kommission der europäischen Gemeinschaften (2000): *Memorandum über Lebenslanges Lernen*. (Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen) Brüssel: Kommission der europäischen Gemeinschaften.
- Kraus, Katrin (2001): *Lebenslanges Lernen. Karriere einer Leitidee*. Bertelsmann Bielefeld.
- Lietzmann, Hans J. (2011): „European Constitutional Politics and Contingency. The European Union as a 'sui generis' political entity“. In: Wiesner, Claudia; Turkka, Tapani; Palonen, Kari (Hrsg.) *Parliament and Europe. Rhetorical and conceptual studies on their contemporary connections*. Baden-Baden: Nomos, S. 95–109.
- Mannheim, Karl (1976): „Das Problem der Generationen“. In: Friedeburg, Ludwig von (Hrsg.) *Jugend in der modernen Gesellschaft*. Köln: Kiepenheuer + Witsch S. 23–43.
- Marshall, Thomas H. (1992): *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (2003): *Marx-Engels-Werke Band 25. Das Kapital. Dritter Band: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion*. Berlin: Dietz.

- McDonald, Bernadette; Amatt, John (Hrsg.) (2001): *Stimmen vom Gipfel. Zur Zukunft des Alpinismus*. Hamburg: Gruner+Jahr.
- Miegel, Meinhard; Wahl, Stefanie (2002): *Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit. Probleme und Perspektiven*. München: Olzog.
- Münch, Richard (2010): „Die Rationalität des Regierens im europäischen Mehrebenensystem“. In: Eigmüller, Monika; Mau, Steffen (Hrsg.) *Gesellschaftstheorie und Europapolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33–48.
- Nussbaum, Martha C (2010): *Creating capabilities: the human development approach*. Harvard University Press.
- Oakley, Ann (1998): „Experimentation and social interventions: a forgotten but important history“. In: *BMJ. British Medical Journal Publishing Group* 317 (7167), S. 1239–1242.
- OECD (1996): *Lifelong learning for all: meeting of the Education Committee at Ministerial level, 16-17 January 1996*. Paris: OECD.
- Oevermann, Ulrich (1997a): „Die Architektonik einer revidierten Professionalisierungstheorie und die Professionalisierung rechtspflegerischen Handelns.“. In: Wernet, Andreas (Hrsg.) *Professioneller Habitus im Recht: Untersuchungen zur Professionalisierungsbedürftigkeit der Strafrechtspflege und zum Professionshabitus von Strafverteidigern*. Berlin: Edition Sigma, S. 9–19.
- Oevermann, Ulrich (1997b): „Einige Thesen über den Zusammenhang zwischen der Krise der Arbeitsgesellschaft und den Prozessen der „Globalisierung“.“ Unveröffentlichtes Manuskript, Frankfurt am Main.
- Oevermann, Ulrich (1998): „Ethische Verantwortung - Beschäftigung - Globalisierung.“. In: *Unternehmen und Gesellschaft*. (2), S. 14–20.
- Oevermann, Ulrich (2001): „Die Soziologie der Generationenbeziehungen und der historischen Generationen aus strukturalistischer Sicht und ihre Bedeutung für die Schulpädagogik“. In: Kramer, Rolf-Torsten; Helsper, Werner; Busse, Susanne (Hrsg.) *Pädagogische Generationsbeziehungen*. Opladen: Leske+Budrich (Studien zur Schul- u. Bildungsforschung, 15), S. 78–128.
- Oevermann, Ulrich (2003): „Scheinbar obsoleete Grundbegriffe der Soziologie: Gemeinschaft, Charisma, Führertum - Zugleich eine Kritik am Gesellschaftsbegriff: Vortrag auf dem Symposium „Reflexionen zwischen Phänomenologie, Soziologie und Anthropologie“ anlässlich der Verabschiedung von Walter M. Sprondel an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen am 14.Juni 2003“. Unveröffentlichtes Manuskript, Frankfurt am Main.
- Oevermann, Ulrich (2005): „Bildungsideale und Strukturprobleme der Hochschulen im digitalen Zeitalter.“. In: Kufeld, Klaus (Hrsg.) *Profil durch Wissen. Bildungsideal und regionale Strategie*. Freiburg/München: Karl Alber, S. 45–90.
- Oevermann, Ulrich (2009): „Biographie, Krisenbewältigung und Bewährung“. In: Bartmann, Sylke; Fehlhaber, Axel; Kirsch, Sandra; u. a. (Hrsg.) *„Natürlich stört das Leben ständig“ - Perspektiven auf Entwicklung und Erziehung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35–55.

- Oevermann, Ulrich (2010): „Krisenbewältigung versus Routinisierung im Verhältnis von Prozessen der Vergemeinschaftung und der Vergesellschaftung auf mikro- und makrosozialer Ebene. Versuch einer analytischen Klärung“. Unveröffentlichtes Manuskript, Frankfurt am Main.
- Pulkka, Ville-Veikko (2017): „A free lunch with robots—can a basic income stabilise the digital economy?“. In: *Transfer: European Review of Labour and Research*. 23 (3), S. 295–311.
- Rauner, Max (2017): „Die Pi-mal-Daumen-Studie“. *Die Zeit*. Hamburg 9.3.2017.
- Ribolits, Erich (1995): *Die Arbeit hoch?: berufspädagogische Streitschrift wider die Totalverzweckung des Menschen im Post-Fordismus*. Profil-Verlag.
- Rogge, B. G; Kieselbach, Thomas (2009): „Arbeitslosigkeit und psychische Gesundheit aus zwei theoretischen Perspektiven: Soziale Exklusion und soziologische Identitätstheorie“. In: *Arbeit*. 18 (4), S. 366–371.
- Russell, Bertrand Arthur William (1935): *In praise of idleness and other essays*. London: Allen & Unwin.
- Scharfe, Martin (2007): *Berg-Sucht. Eine Kulturgeschichte des frühen Alpinismus 1750-1850*. Wien: Böhlau.
- Sen, Amartya (1962): *The Rich and the Poor. A Study of the Economics of Rising Expectations*. In: *The Economic Journal*. 72 (287), S. 695-697.
- Sen, Amartya (2000): *Development as freedom*. New York: Knopf.
- Sen, Amartya (2001): *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg.
- Slovan, Peter (2016): „Beveridge's Rival: Juliet Rhys-Williams and the Campaign for Basic Income, 1942–55“. In: *Contemporary British History*. Taylor & Francis 30 (2), S. 203–223.
- Slovan, Peter (2018): „Universal Basic Income in British Politics, 1918-2018: From a 'Vagabond's Wage' to a Global Debate“. In: *Journal of Social Policy*, 47(3), 625-642. doi:10.1017/S0047279417000800.
- Soucier, Daniel (2019): „Technological Change and Universal Basic Income“. In: *Universal Basic Income Roundtable*. S. 11. URL: https://digitalcommons.library.umaine.edu/mcspc_perspectives/1/
- Steenland, Brian (2018): *The failed welfare revolution: America's struggle over guaranteed income policy*. Princeton and Oxford: Princeton University Press.
- Susskind, Richard; Susskind, Daniel (2016): *The Future of the Professions: How Technology Will Transform the Work of Human Experts*. 1 edition. Oxford, United Kingdom: Oxford University Press.
- Theobald, Robert (1961): *The rich and the poor: a study of the economics of rising expectations*. New York: New American Library.
- Theobald, Robert (1962): *The Challenge of abundance*. New York: New American Library.

- Theobald, Robert (1963): „Poverty in the Affluent Society“. In: *Challenge*. Taylor & Francis, Ltd. 11 (4), S. 22–24.
- Theobald, Robert (1967): „Technological change: Threat or promise?“ In: *American Journal of Orthopsychiatry*. American Orthopsychiatric Association, Inc. 37 (1), S. 127.
- Theobald, Robert (1968): „The Implications of American Physical Abundance“. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*. [Sage Publications, Inc., American Academy of Political and Social Science] 378, S. 11–21.
- Theobald, Robert (Hrsg.) (1966): *The Guaranteed Income: Next Step in Economic Evolution?* Garden City, NY: Doubleday.
- Vogel, Bernhard (2009): „Das Prekariat - eine neue soziale Lage?“ In: Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hrsg.) *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt M., New York: Campus, S. 198–208.
- Weber, Max (1988a): „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“. In: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*. Tübingen: Mohr, S. 17–206.
- Weber, Max (1988b): „Die protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus“. In: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*. Tübingen: Mohr, S. 207–236.
- Wernstedt, Rolf (2008): *Der Bildungsbegriff im Wandel: Verführung zum Lernen statt Zwang zum Büffeln; Dokumentation einer Konferenz des Netzwerk Bildung vom 05.-06. Juli 2007*. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Widerquist, Karl (2018): *A Critical Analysis of Basic Income Experiments for Researchers, Policymakers, and Citizens*. Cham, Schweiz: Palgrave Macmillan (Exploring the Basic Income Guarantee).
- Ziak, Karl (1981): *Der Mensch und die Berge. Eine Weltgeschichte des Alpinismus*. Salzburg: Das Bergland-Buch.
- Zinnecker, Jürgen (2003): „Jugend als Moratorium. Essay zur Geschichte und Bedeutung eines Forschungskonzepts“. In: Reinders, Heinz; Wild, Elke (Hrsg.) *Jugendzeit—Time Out?* Wiesbaden: Springer, S. 37–64.